

Vertrauen der Bevölkerung in die Politik

Ergebnisse einer Repräsentativuntersuchung im Auftrag des
Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Kommentierung der Ergebnisse

Deidesheim, Mai 2016
7-6301/R/CG/sv

Inhalt	Seite
Methodische Rahmendaten	4
A Zusammenfassung der Ergebnisse	5
B Die Ergebnisse im Einzelnen	10
1 Gewünschter Stellenwert von Werten	10
2 Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland	15
2.1 Wie stark ist der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft?	15
2.2 Erwartete Entwicklung der Gesellschaft	17
2.3 Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland	18
3 Vertrauen in Demokratie und Politik	24
3.1 Zufriedenheit mit den Verhältnissen in Deutschland	24
3.2 Interesse an Politik	26
3.3 Zufriedenheit mit der „gelebten“ Demokratie	29
3.4 Zufriedenheit mit der Demokratie als Regierungsform	34
3.5 Vertrauen in Organisationen und Institutionen	38
4 Ansichten zu Politik, Parteien und Politikern	43
4.1 Charakterisierung der Politik in der gegenwärtigen Situation	43
4.2 Bewertung der Parteien	50
4.3 Das Image der Politikerinnen und Politiker	56
5 Wie kann mehr Vertrauen und Bürgernähe hergestellt werden?	63

Inhalt	Seite
6 Partizipation der Bevölkerung	65
6.1 Bewertung von Einflussmöglichkeiten	65
6.2 Parlamentarische oder direkte Demokratie?	66
6.3 Sollte es mehr Volksabstimmungen geben?	67
6.4 Meinungen zu Volksabstimmungen	68
6.5 Akzeptanz verschiedener Formen der politischen Beteiligung	72
6.5.1 Beteiligung an der nächsten Bundestagswahl	74
7 Medien	76
7.1 Bedeutung von Informationsquellen	76
7.2 Vertrauen in unterschiedliche Medien	79
7.3 Die Rolle der Medien in der aktuellen Situation	86

Methodische Rahmendaten

Methode:	Telefonische Repräsentativbefragung (CATI)
Grundgesamtheit:	Wohnbevölkerung ab 18 Jahren in Privathaushalten
Befragungszeitraum:	04.04. – 27.04.2016
Stichprobenziehung:	ADM-Telefonstichprobe mit Zufallsauswahl der Telefonnummer, Auswahl der Befragungsperson über die "Last-Birthday"-Methode
Realisierte Stichprobe:	1.510 Interviews

Die Vergleichszahlen entnehmen wir folgenden Studien:

- **Vertrauen der Bevölkerung in die Politik**, telefonische Repräsentativbefragung, 11/2005
- **Vertrauen der Bevölkerung in die Politik**, telefonische Repräsentativbefragung, 11-12/2010
- **Bürgerbeteiligung in der Zivilgesellschaft**, telefonische Repräsentativbefragung, 4-5/2013.

Alle Angaben in Prozent. In der Summe der Einzelergebnisse sind rundungsbedingte Abweichungen auf 100% möglich.

A

Zusammenfassung der Ergebnisse

1

Viele Menschen reagieren auf die Verhältnisse in Deutschland verunsichert, die Distanz zur Politik hat sich vergrößert. Große Teile der Bevölkerung wollen, dass Werte wie Gerechtigkeit, Fairness und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft einen größeren Stellenwert bekommen.

2

Meinungen zur aktuellen Situation

2.1

Zwei Drittel der Bevölkerung sind davon überzeugt, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nur schwach (66%) ausgeprägt ist.

2.2

Zwei Drittel glauben, die Gesellschaft werde zukünftig weiter auseinanderdriften statt weiter zusammenzurücken. Es gibt offenbar eine große Diskrepanz zwischen den Vorstellungen, wie unsere Gesellschaft funktionieren sollte, und der erlebten Realität.

2.3

Als ein prägendes Merkmal in Deutschland wird heute das Konkurrenzdenken wahrgenommen (Zustimmung: 82%). Andererseits gilt Deutschland als ein wohlhabendes Land, in dem es den meisten gut geht (63%). Im Kontext des Flüchtlingszustroms entwickelt die Mehrheit der Bevölkerung Besorgnisse und Verunsicherungen. Und nur eine Minderheit (24%) hat den Eindruck, es gehe bei uns gerecht zu.

2.4

Die Menschen aus einfachen Verhältnissen und die Angehörigen der mittleren und höheren Schichten beurteilen die Situation in Deutschland deutlich unterschiedlich. Besorgniserregend sind die hohen Anteile derjenigen aus einfachen Verhältnissen, die sich um ihre finanzielle Zukunft sorgen (71%) und sich von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt fühlen (51%). Auffällig: Von den Sympathisanten der AfD blicken 83% ohne Zuversicht in die Zukunft, während die Bürger, die der CDU/CSU, SPD oder den Grünen zuneigen, mehrheitlich eine positive Entwicklung erwarten.

3

Vertrauen in Demokratie und Politik

3.1

Etwas mehr als die Hälfte der Menschen ist mit der gesellschaftlichen Gesamtsituation in Deutschland alles in allem zufrieden, 43% äußern sich kritisch.

3.2

Das Interesse am politischen Geschehen ist heute (54%) niedriger als 2005 (63%).

3.3

Das Vertrauen in die Art und Weise, wie Demokratie bei uns funktioniert, ist von 61% in 2013 auf 48% in 2016 deutlich zurückgegangen.

3.4

Eine breite Mehrheit hält die Demokratie dennoch grundsätzlich für eine gute Regierungsform, auch wenn der Grad der Zustimmung von 91% auf 81% gefallen ist. Die parlamentarische Demokratie wird mehrheitlich als alternativlos angesehen, Kritik entzündet sich an der demokratischen Praxis.

3.5

Politischen Institutionen wie dem Bundestag, der Bundesregierung und vor allem den Parteien bringen nur Minderheiten in der Bevölkerung Vertrauen entgegen. Hohes Vertrauen genießen insbesondere Hilfsorganisationen, die Polizei und Umweltschutzorganisationen.

4

Ansichten zu Politik, Parteien und Politikern

4.1

Kritik an der Politik macht sich fest an fehlender Transparenz bei den politischen Entscheidungsprozessen. Aus der Sicht der Bürger fehlen ausreichende Informationen über das politische Geschehen. Sie nehmen an, Politik kümmere sich nicht wirklich um die anstehenden Probleme. Politik ist offensichtlich für viele zu kompliziert geworden.

4.2

Das Image der Parteien ist unverändert schlecht, die Menschen halten dennoch daran fest, dass Parteien für unsere Demokratie unverzichtbar seien.

4.3

Das Berufsbild der Politiker wird hart kritisiert. Nur für eine Minderheit sind sie vertrauenswürdig, sie dächten nicht langfristig, sondern nur von Wahl zu Wahl, sie verschafften sich durch ihre Stellung persönliche Vorteile und sprächen eine Sprache, die vielen fremd und unverständlich vorkommt.

Das Bild von „den Politikern“ ist stark von Vorurteilen und Stereotypen geprägt. Wenn es darum geht, politisches Spitzenpersonal z.B. im ZDF-Politbarometer zu beurteilen, sind die Menschen aber durchaus zu Differenzierungen fähig.

5

Wenn die Menschen sich spontan dazu äußern, wie das Vertrauensverhältnis zwischen Politik und Bürgern verbessert werden könnte, fällt ihnen relativ wenig ein. Vergleichsweise häufig wird auf vermeintliche Persönlichkeitsdefizite von Politikern hingewiesen und angemahnt, die Politik solle sich mehr um die Interessen der (deutschen) Bevölkerung kümmern. Es wäre aus Sicht von Teilen der Bevölkerung zudem vertrauensbildend, wenn Politiker den Menschen authentischer und bürgernäher begegnen würden und keine unrealistischen Wahlversprechen machten.

6

Partizipation der Bevölkerung

6.1

Die Bürgerinnen und Bürger kritisieren massiv, sie hätten nur wenig Einfluss auf das, was in der Politik geschieht (79%). Lediglich 20% halten die Einflussmöglichkeiten für ausreichend.

6.2

Das Modell "direkte Demokratie" (68%) übt deutlich mehr Anziehungskraft aus als die parlamentarische Demokratie (25%).

6.3

85% der Deutschen (2010: 80%) wünschen sich mehr Volksabstimmungen, bei denen die Bürger über wichtige Sachfragen abschließend entscheiden können.

6.4

Die Bindung an parlamentarische Entscheidungen wird von einer Mehrheit für richtig und notwendig gehalten, aber es gibt ein erhebliches Potenzial (51%), das dafür steht, parlamentarische Entscheidungen durch Volksabstimmungen wieder aufheben zu können.

Volksabstimmungen sind populär, weil sie nach Meinung der Bevölkerung politisches Interesse verstärken, den Bürgerwillen stärker zur Geltung bringen und Kontrollen gegenüber der Politik möglich machen.

Gegenüber Volksabstimmungen gibt es jedoch durchaus auch Bedenken, weil die Gefahr besteht, dass sich nicht das beste Argument durchsetzt, sondern der, der sich am besten inszeniert.

7

Medien

7.1

Im Vergleich zu 2005 hat sich die Bedeutung unterschiedlicher Informationsquellen nur wenig geändert. Eine gleich große Rolle wie die Rezeption medialer Angebote spielt die persönliche Kommunikation.

7.2

Das Vertrauen der Menschen in das öffentlich-rechtliche Fernsehen, regionale Tageszeitungen und das Radio ist groß. Dem Privatfernsehen vertraut nur eine Minderheit.

B Die Ergebnisse im Einzelnen

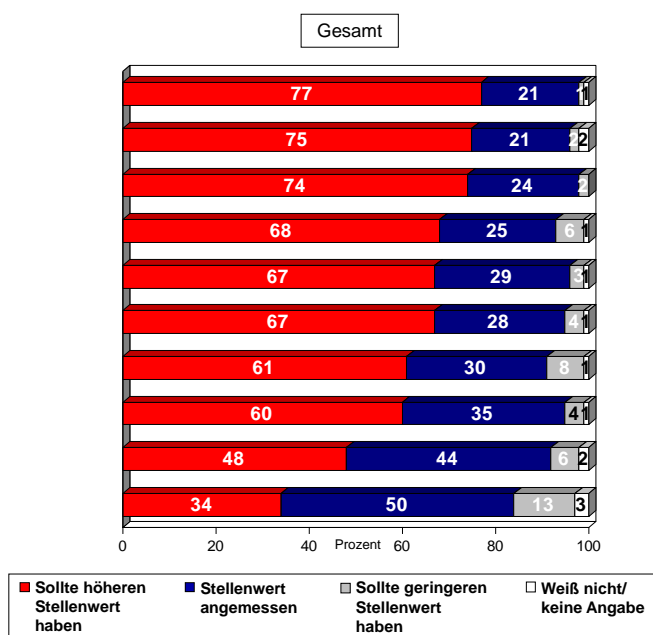
1 Gewünschter Stellenwert von Werten

Nahezu alle vorgelegten Werte sollten nach mehrheitlicher Auffassung in unserer Gesellschaft einen höheren Stellenwert als bisher bekommen.

Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

Gewünschter Stellenwert

Basis: Alle



Den größten Nachholbedarf sieht die Bevölkerung bei Gerechtigkeit, Fairness und Zusammenhalt. Jeweils drei Viertel der Bevölkerung wünschen sich für diese Werte eine größere Bedeutung.

In den Abschnitten 2.1 und 2.3 zeigen wir, dass die hier geäußerten Erwartungen in der Situation, in der sich Deutschland heute nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger befindet, nicht erfüllt werden. So gehe es in unserer Gesellschaft nicht gerecht zu,

statt Fairness dominiere das Konkurrenzdenken und statt zusammenzurücken drifte die Gesellschaft immer mehr auseinander.

Es sollte mehr Toleranz zwischen den Menschen geben, wünschen 68%, jeweils 67% plädieren für ein Mehr an Sicherheit und Vertrauen. Auch Bescheidenheit (61%) und Pflichtbewusstsein (60%) sind Werte, von denen man sich mehrheitlich wünscht, dass sie eine größere Bedeutung haben.

Vergleichsweise selten wird für Leistungsbereitschaft (48%) und Selbstverwirklichung (34%) ein Bedeutungszuwachs gewünscht.

Zwischenfazit:

Es existiert eine große Differenz zwischen den Vorstellungen, welche Werte unsere Gesellschaft leiten sollten, und der erlebten Realität. Aber auch innerhalb der verschiedenen Bevölkerungsgruppen registrieren wir bei einzelnen Werten unterschiedliche Prioritäten.

Beispiele:

Die Mehrheit der Sympathisanten aller Parteien, vor allem aber die der Linken und Grünen, sind sich darin einig, dass unserer Gesellschaft mehr Toleranz gut anstünde. Lediglich die Anhänger der AfD bilden eine Ausnahme: Weniger als die Hälfte (47%) wünscht mehr Toleranz, 29% halten deren Stellenwert für angemessen, weitere 23% sähen es gerne, wenn sie weniger Bedeutung hätte.

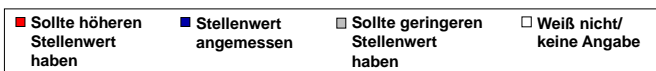
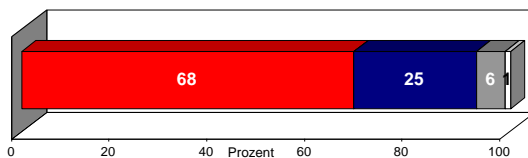
Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

Gewünschter Stellenwert von Werten

Ausschnitt: „Toleranz“

Basis: Alle

Gesamt



Parteisympathie

CDU/CSU

SPD

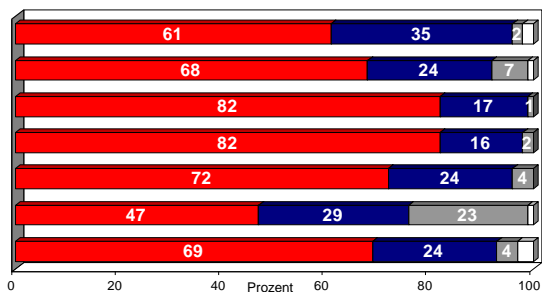
Grüne

Linke

FDP

AfD

Keine



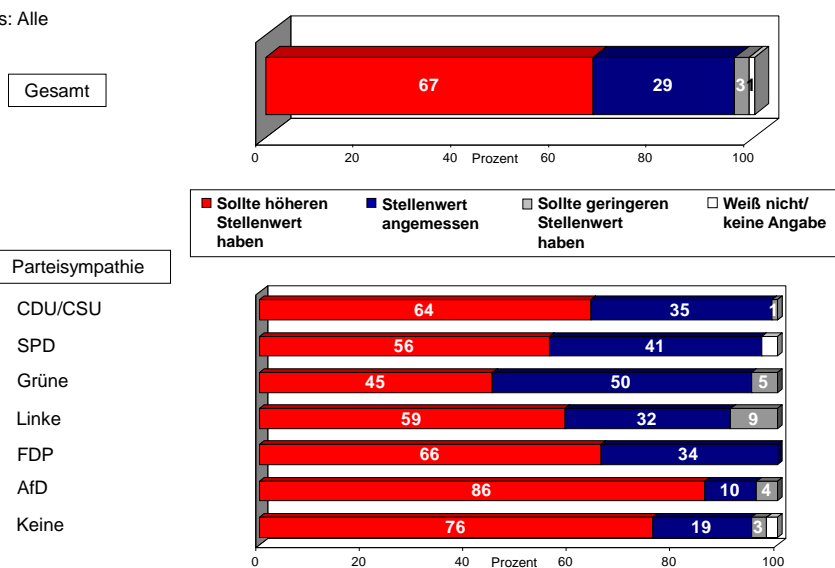
Sicherheit ist ein Wert, der parteiübergreifend mit Ausnahme der Grünen-Sympathisanten auf der Wunschliste der Bürger weit oben rangiert. Insbesondere die Sympathisanten der AfD sehnen sich nach mehr Sicherheit.

Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

Gewünschter Stellenwert von Werten

Ausschnitt: „Sicherheit“

Basis: Alle



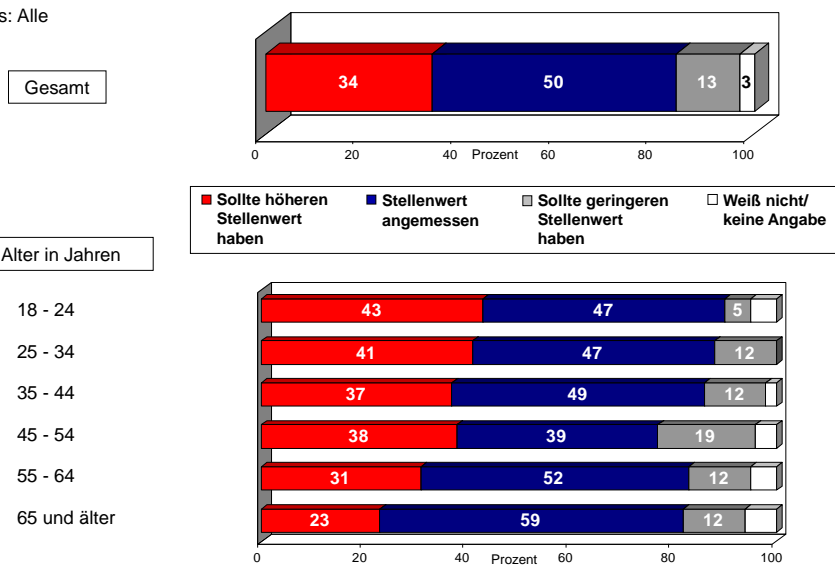
Der Wunsch nach mehr Selbstverwirklichung ist am ehesten bei den 18- bis 34-Jährigen relevant, weniger bei älteren Menschen.

Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

Gewünschter Stellenwert von Werten

Ausschnitt: „Selbstverwirklichung“

Basis: Alle



2

Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

2.1

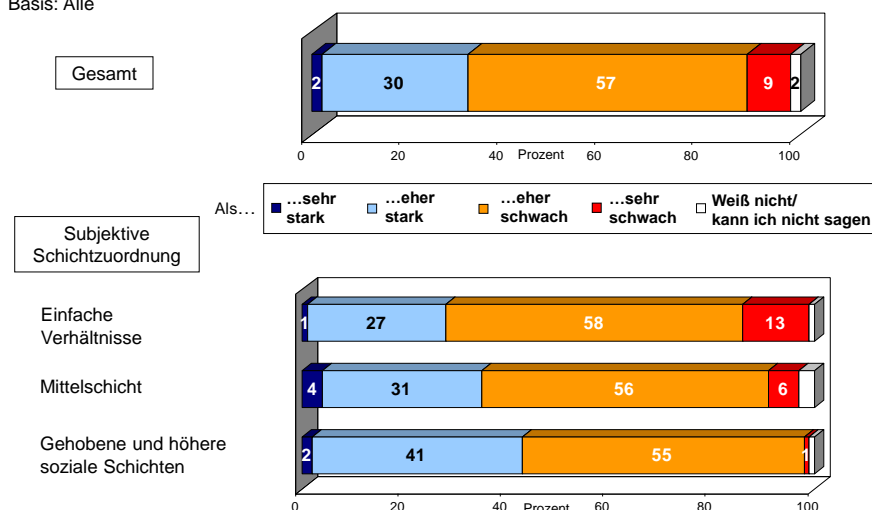
Wie stark ist der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft?

Zwei Drittel der Bevölkerung sind davon überzeugt, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft eher schwach (57%) oder sehr schwach (9%) ausgeprägt ist. Lediglich 32% sprechen von einem starken Zusammenhalt. Mangelndes soziales Miteinander konstatieren insbesondere Menschen, die nach eigenen Angaben in einfachen Verhältnissen leben (71%), aber auch Mittelschichtangehörige (62%). Dies ist auch die Mehrheitsmeinung bei Menschen, die sich gehobenen oder höheren Schichten zurechnen (56%), aber immerhin 43% haben eine andere Wahrnehmung und beschreiben den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft als stark.

Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

„Als wie stark würden Sie alles in allem den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft in Deutschland bezeichnen?“

Basis: Alle

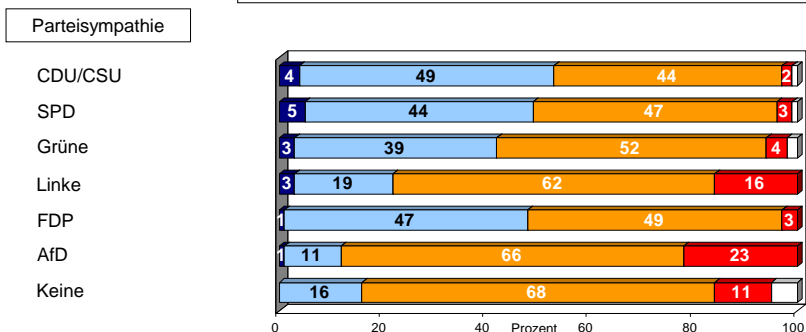
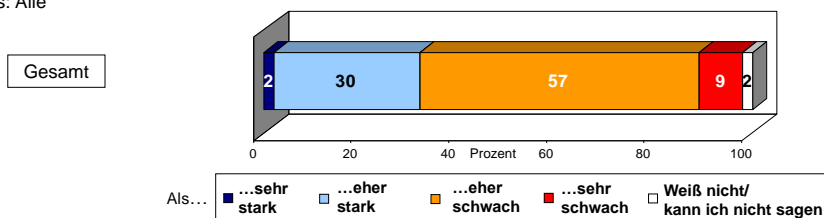


Ein Blick auf die Parteisymphathien zeigt anschaulich, in welchen Gruppen die Skepsis besonders groß ist: 89% der AfD-Anhänger, 78% der Linken-Anhänger und 79% derjenigen, die keine Sympathie für eine Partei hegen, empfinden den Zusammenhalt als schwach. Aber auch die Anhänger der Grünen äußern sich kritisch (56%). Bei den Sympathisanten von CDU/CSU, SPD und FDP sind die Meinungen geteilt.

Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

„Als wie stark würden Sie alles in allem den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft in Deutschland bezeichnen?“

Basis: Alle



2.2

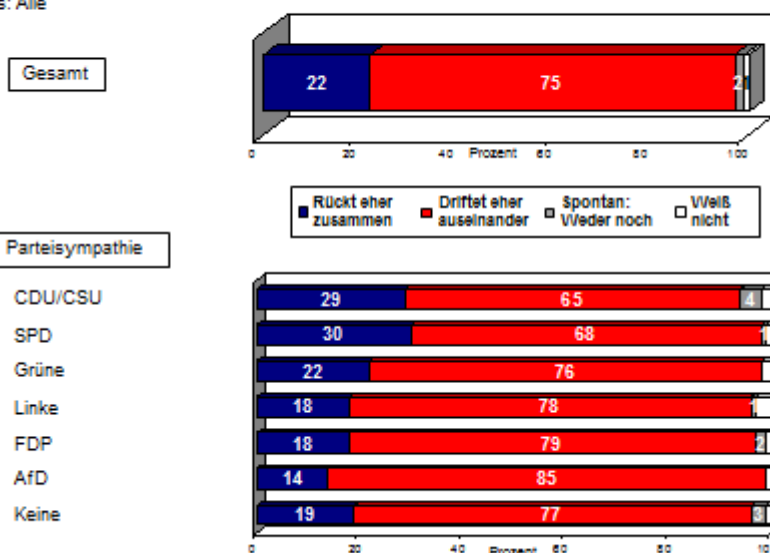
Erwartete Entwicklung der Gesellschaft

Drei Viertel der Deutschen haben die Erwartung, unsere Gesellschaft werde zukünftig weiter auseinanderdriften, nur 22% halten es für wahrscheinlich, dass die Deutschen weiter zusammenrücken. Diese pessimistischen Zukunftsaussichten teilen die Sympathisanten aller Parteien.

Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

„Erwarten Sie, dass unsere Gesellschaft in Deutschland zukünftig eher weiter zusammenrückt oder eher weiter auseinanderdriftet?“

Basis: Alle



2.3

Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

Wie nehmen die Bundesbürger die aktuelle Situation in Deutschland wahr? Wir haben hierzu eine Reihe von Indikatoren zur Beschreibung der gesellschaftlichen und privaten Situation vorgegeben:

Ein prägendes Merkmal unserer Gesellschaft sei das Konkurrenzdenken, das vieles überlagere. 82% der Deutschen stimmen dem völlig (36%) oder überwiegend (46%) zu.

Auf der anderen Seite registriert man aber auch, dass Deutschland ein wohlhabendes Land ist und es den meisten hier gut geht (trifft voll und ganz/eher zu: 63%).

Deutlich ausgeprägt sind Verunsicherungen, die im unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland stehen: 61% sind besorgt darüber, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aufnehmen muss, 55% fühlen sich, wenn sie abends unterwegs sind, nicht mehr sicher und ebenfalls 55% fürchten sich vor Terroranschlägen.

Eine gesellschaftliche Spaltung wird deutlich bei den Zukunftsaussichten: 58% sorgen sich um ihre finanzielle Zukunft, nur rund die Hälfte der Bevölkerung blickt zuversichtlich in die persönliche Zukunft und ebenso viele sind der Auffassung, man müsse sich keine Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Zukunft machen.

Besorgniserregend: 39% der Bevölkerung fühlen sich in vielen Bereichen von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt und lediglich 24% haben den Eindruck, in Deutschland gehe es gerecht zu. Auch der Sozialstaat wird kritisch betrachtet: Nur 39% sind der Überzeugung, der Sozialstaat Sorge sich umfassend und

solidarisch um die Schwächeren in unserer Gesellschaft. 60% glauben das nicht.

Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

Basis: Alle

Gesamt

In der Gesellschaft herrscht nur noch Konkurrenzdenken.

Deutschland ist ein wohlhabendes Land, hier geht es den meisten gut.

Mir bereitet die Aufnahme der vielen Flüchtlinge Sorgen.

Ich Sorge mich um meine finanzielle Zukunft.

Wenn ich abends zu Fuß oder in öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs bin, fühle ich mich nicht mehr sicher.

Ich fürchte mich vor Terroranschlägen.

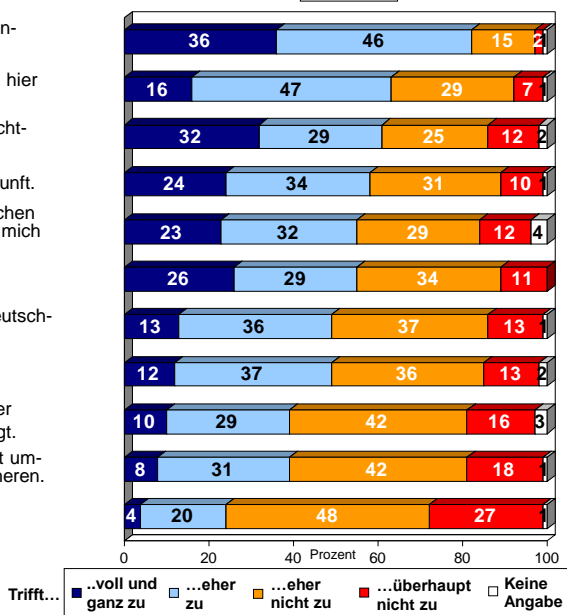
Um die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland mache ich mir keine Sorgen.

Ich blicke zuversichtlich in die Zukunft.

Ich fühle mich in vielen Bereichen von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt.

In Deutschland sorgt sich der Sozialstaat umfassend und solidarisch um die Schwächeren.

Es geht gerecht zu in Deutschland.



Die nachfolgende Übersicht zeigt, wie stark Meinungen und Einstellungen davon abhängen, in welcher sozialen Schicht man lebt und welche persönlichen Erfahrungen man macht.

Ausschnittabelle "trifft voll und ganz/eher zu"	Subjektive Schichtzuordnung		
	einfache Verhältnisse	Mittel- schicht	gehobene und höhere Schichten
Deutschland ist ein wohlhabendes Land, es geht den meisten gut.	54%	69%	80%
Ich Sorge mich um meine finanzielle Zukunft.	71%	48%	35%
Ich blicke zuversichtlich in die Zukunft.	41%	56%	67%
Ich fühle mich von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt.	51%	30%	17%
Der Sozialstaat sorgt umfassend und solidarisch für die Schwächeren.	33%	43%	58%

80% der Personen aus gehobenen und höheren Schichten, aber nur 54% derjenigen aus einfachen Verhältnissen, sind davon überzeugt, Deutschland sei ein wohlhabendes Land, den meisten gehe es hier gut. 71% der Personen aus einfachen Verhältnissen sorgen sich um ihre finanzielle Zukunft – doppelt so viele wie Angehörige der gehobenen oder höheren Schichten. 51% derjenigen aus einfachen Verhältnissen fühlen sich in vielen Bereichen von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt. 67% der Personen, die sich gehobenen oder höheren Schichten zurechnen, haben positive Zukunftserwartungen, aber nur 41% derjenigen aus einfachen Verhältnissen. Höheren Schichten Zugehörige sind auch mehrheitlich der Auffassung, der Sozialstaat sorge gut

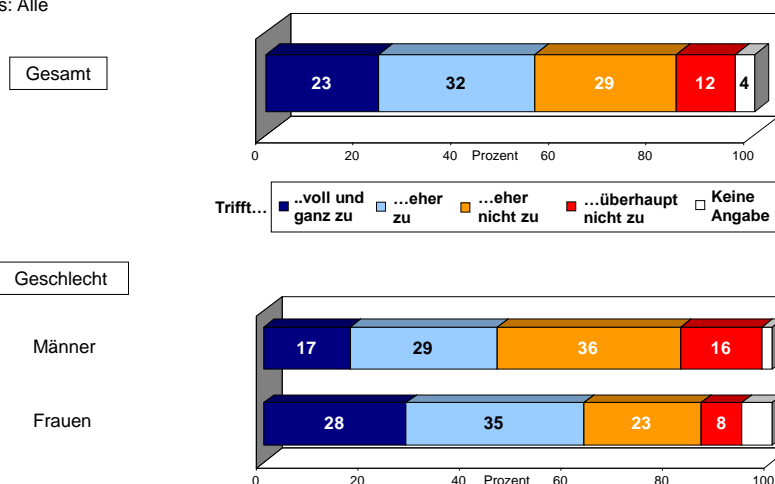
für die Schwächeren (58%). Personen aus einfachen Verhältnissen sind deutlich skeptischer, nur jeder Dritte glaubt an die Leistungskraft des Sozialstaates.

Die Ergebnisse zeigen zudem, dass die Sicherheitsbedürfnisse von Männern und Frauen unterschiedlich stark ausgeprägt sind. 63% der Frauen, aber nur 46% der Männer fühlen sich nicht mehr sicher, wenn sie abends unterwegs sind.

Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

Ausschnitt: „Wenn ich abends zu Fuß oder in öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs bin, fühle ich mich nicht mehr sicher.“

Basis: Alle

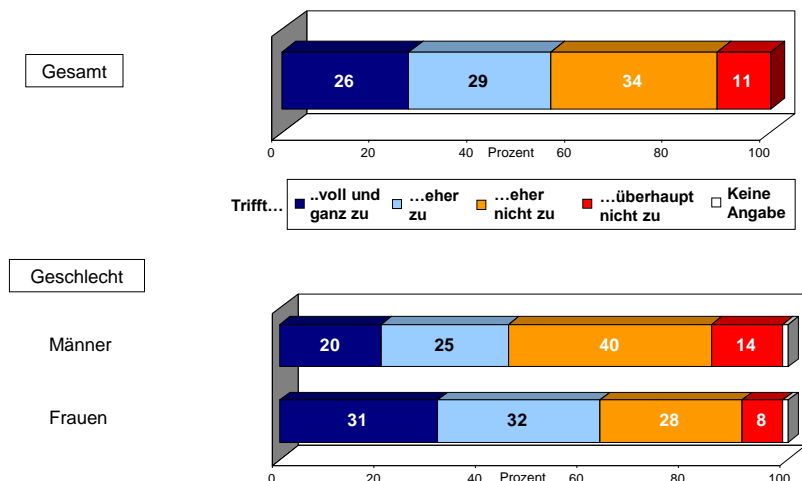


Und: 45% der Männer, aber 63% der Frauen, fürchten sich vor Terroranschlägen.

Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

Ausschnitt: „Ich fürchte mich vor Terroranschlägen.“

Basis: Alle

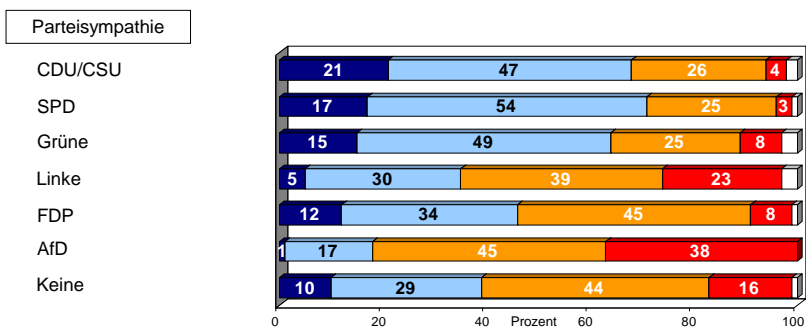
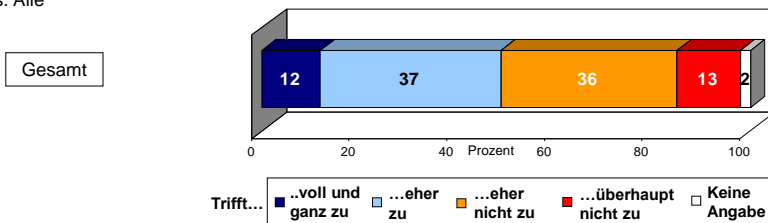


Die Meinungen darüber, ob man zuversichtlich in die Zukunft blicken könne oder nicht, gehen in der Bevölkerung auseinander. Eine Aufgliederung des Gesamtergebnisses nach Parteisympathie zeigt, wo die Optimisten und die Pessimisten zu finden sind. Die Anhänger von CDU/CSU, SPD und Grünen erwarten mehrheitlich eine gute Entwicklung. Die Sympathisanten der Linken sind überwiegend skeptisch (62%) und werden nur noch von denen der AfD übertroffen: 83% dieser Gruppe blickt ohne Zuversicht in die Zukunft.

Meinungen zur aktuellen Situation in Deutschland

Ausschnitt: „Ich blicke zuversichtlich in die Zukunft.“

Basis: Alle



3

Vertrauen in Demokratie und Politik

3.1 Zufriedenheit mit den Verhältnissen in Deutschland

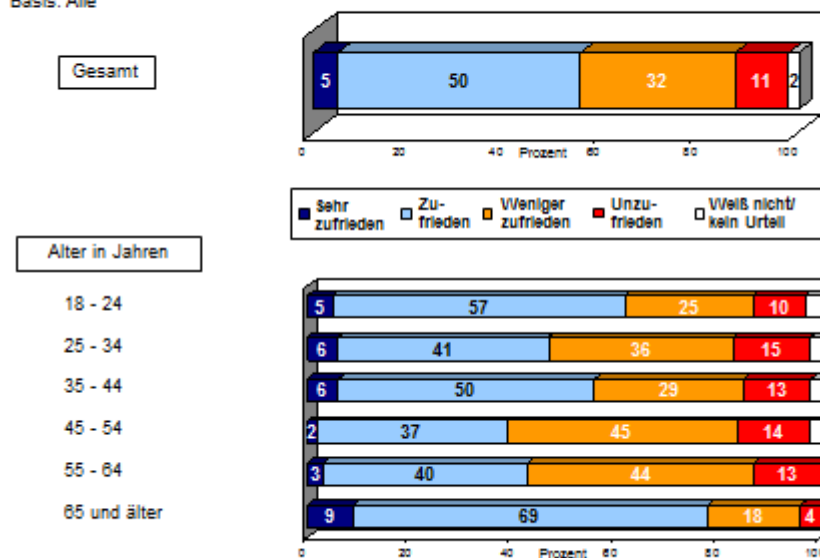
Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist mit den Verhältnissen insgesamt sehr zufrieden (5%) oder zufrieden (50%). 43% sind mehr oder weniger unzufrieden. Die Meinungen darüber, in welchem Zustand sich das Land befindet, gehen dabei in den einzelnen Bevölkerungsgruppen zum Teil weit auseinander.

In der jungen Generation und bei den Menschen ab 65 Jahren gibt es die größte Zufriedenheit, vergleichsweise zurückhaltend sind die mittleren Generationen der 45- bis 64-Jährigen.

Vertrauen in Demokratie und Politik

„Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit den Verhältnissen in Deutschland?“

Basis: Alle

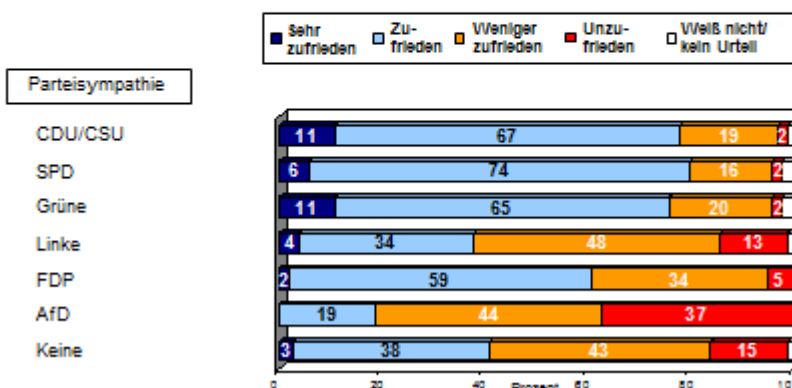
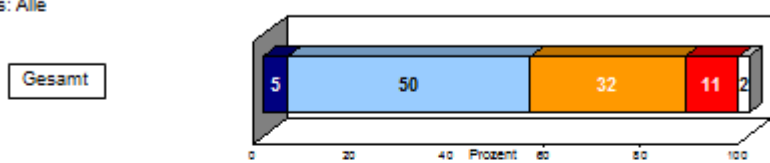


Nach Parteisympathie aufgeschlüsselt, sehen wir das schon mehrfach vorgefundene Muster: Hohe Zufriedenheit bei den Sympathisanten von CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP, mehrheitlich kritisch äußern sich die der Linken, vor allem aber die der AfD: 81% sind mit den Verhältnissen in Deutschland weniger zufrieden (44%) oder unzufrieden (37%).

Vertrauen in Demokratie und Politik

„Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit den Verhältnissen in Deutschland?“

Basis: Alle



3.2

Interesse an Politik

Im Jahr 2005 waren 63% der Bevölkerung am politischen Geschehen sehr stark (18%) oder stark (45%) interessiert. 2010 lag dieser Anteil bei 54%, also 9 Prozentpunkte niedriger. Auch in unserer aktuellen Messung haben wir 54% ermittelt.

Vertrauen in Demokratie und Politik

Politikinteresse

Basis: Alle



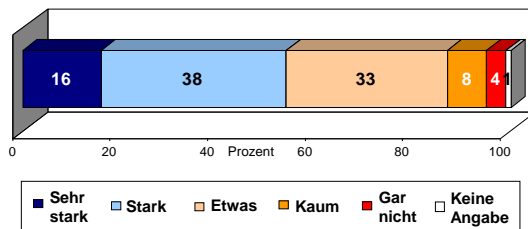
Nach wie vor ist es so, dass mehr Männer (66%) sich für Politik interessieren als Frauen (44%) und das Interesse je nach Schichtzugehörigkeit unterschiedlich groß ist. 48% der Personen aus einfachen Verhältnissen, aber 58% aus der Mittelschicht und sogar 79% derjenigen aus gehobenen und höheren Schichten zeigen sich daran interessiert, was sich politisch tut.

Vertrauen in Demokratie und Politik

Politikinteresse

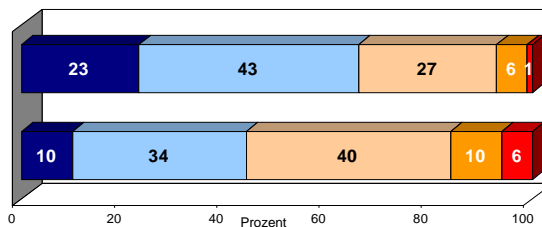
Basis: Alle

Gesamt

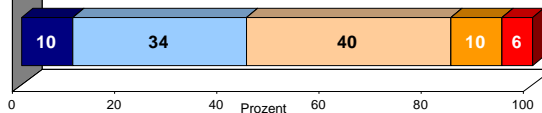


Geschlecht

Männer



Frauen

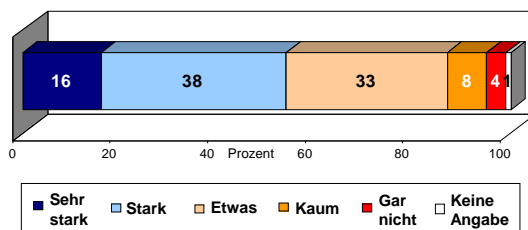


Vertrauen in Demokratie und Politik

Politikinteresse

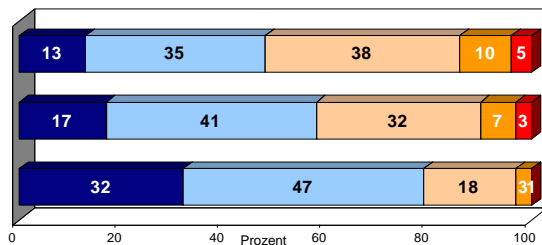
Basis: Alle

Gesamt



Subjektive Schichtzuordnung

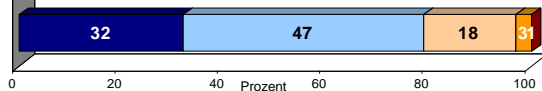
Einfache Verhältnisse



Mittelschicht



Gehobene und höhere soziale Schichten



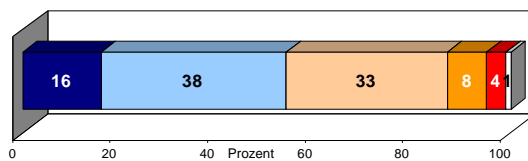
Bemerkenswert: Die Sympathisanten der AfD äußern im Vergleich zu allen anderen Parteianhängern das stärkste Politikinteresse.

Vertrauen in Demokratie und Politik

Politikinteresse

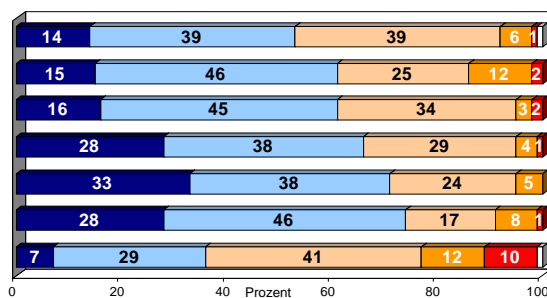
Basis: Alle

Gesamt



Parteisympathie

- CDU/CSU
- SPD
- Grüne
- Linke
- FDP
- AfD
- Keine



3.3

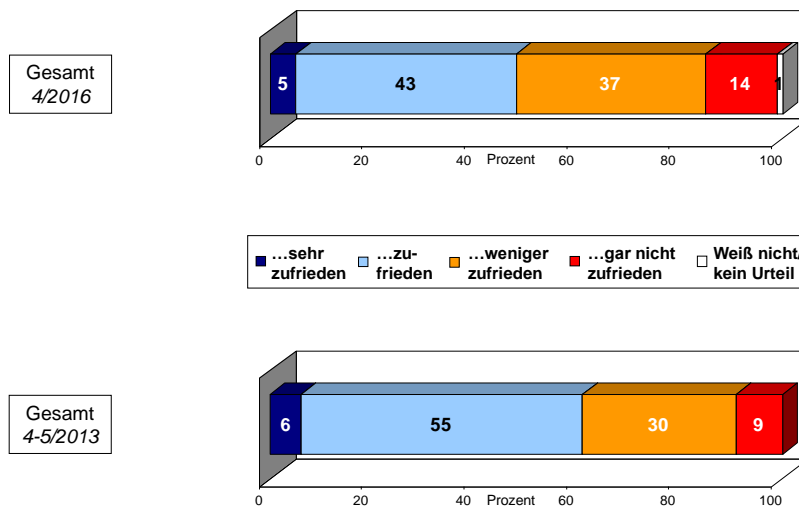
Zufriedenheit mit der „gelebten“ Demokratie

Deutlich ist der Rückgang der Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert: Vor drei Jahren waren 61% damit zufrieden, heute sind es nur noch 48%.

Vertrauen in Demokratie und Politik

„Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem...?“

Basis: Alle

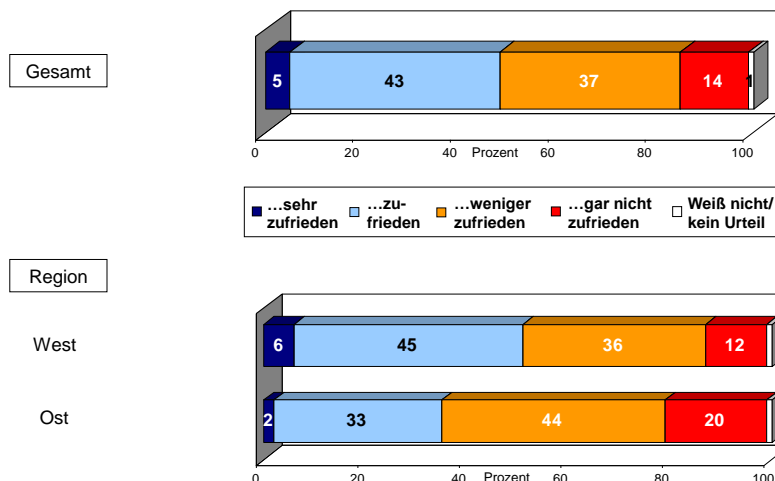


Auffällig: Die Menschen im Westen und Osten des Landes kommen zu unterschiedlichen Urteilen. In Westdeutschland sind 51% zufrieden, in Ostdeutschland nur 35%. 62% der Bevölkerung in den neuen Bundesländern sind mit der demokratischen Praxis nicht zufrieden.

Vertrauen in Demokratie und Politik

„Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem...?“

Basis: Alle



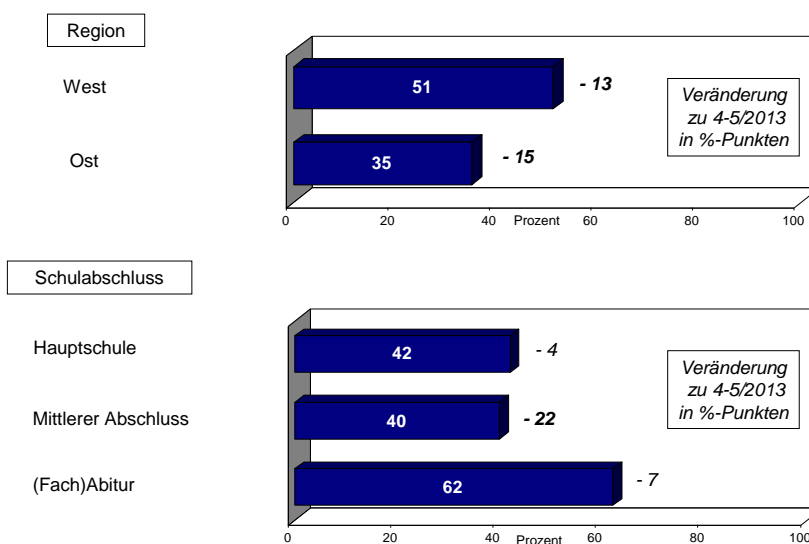
Im Zeitvergleich wird deutlich, dass gegenüber 2013 die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland im Westen (-13 Prozentpunkte) und Osten (-15) in nahezu gleichem Maße zurückgegangen ist.

Auffällig ist der deutliche Rückgang an Demokratiezufriedenheit unter Menschen mit mittleren Bildungsabschlüssen: Waren 2003 noch 62% mit der Art und Weise, wie die Demokratie funktioniert sehr zufrieden oder zufrieden, sind es heute nur noch 40%. Bei der Bevölkerung mit (Fach)Abitur und mit Hauptschulabschluss geht der Grad der Zufriedenheit dagegen nur leicht zurück, allerdings auf unterschiedlichem Niveau: Während die Mehrheit der höher Gebildeten mit der demokratischen Praxis zufrieden ist (62%), trifft dies nur auf Minderheiten bei denen mit Hauptschulabschluss (42%) oder mittlerer Reife (40%) zu.

Vertrauen in Demokratie und Politik

„Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem...?“

Ausschnitt: „(Sehr) zufrieden“ / Zeitvergleich



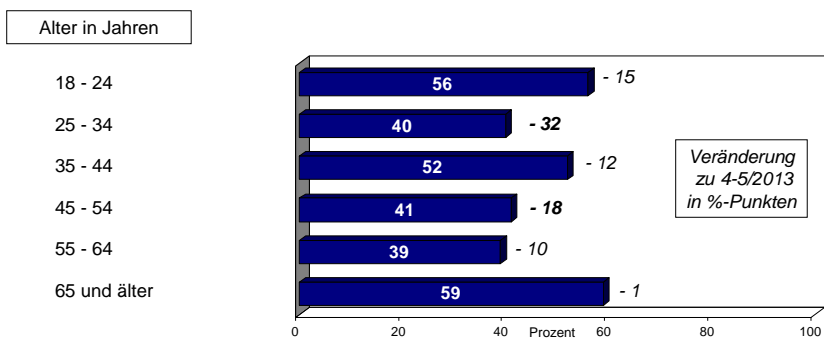
In den unterschiedlichen Altersgruppen ist die Zufriedenheit mit der Demokratie ebenfalls verschieden ausgeprägt: Die vergleichsweise größte Zufriedenheit herrscht unter den Jüngsten, den unter 25-Jährigen, mit 56% und den Ältesten, den über 65-Jährigen, mit 59%. Deutlich geringer ausgeprägt ist sie in den mittleren Altersgruppen der 45- bis 54-Jährigen (41%) und der 55- bis 64-Jährigen (39%).

Auffällig: Während sich die 25- bis 34-Jährigen vor drei Jahren noch ganz überwiegend (72%) zufrieden äußerten, trifft dies aktuell nur noch auf 40% zu. Neben dieser gravierenden Veränderung sind auch in den anderen Altersgruppen die Rückgänge deutlich (zwischen 10 und 18 Prozentpunkte). Lediglich unter den über 65-Jährigen ist die Demokratiezufriedenheit weiterhin nahezu unverändert (-1).

Vertrauen in Demokratie und Politik

„Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem...?“

Ausschnitt: „(Sehr) zufrieden“ / Zeitvergleich

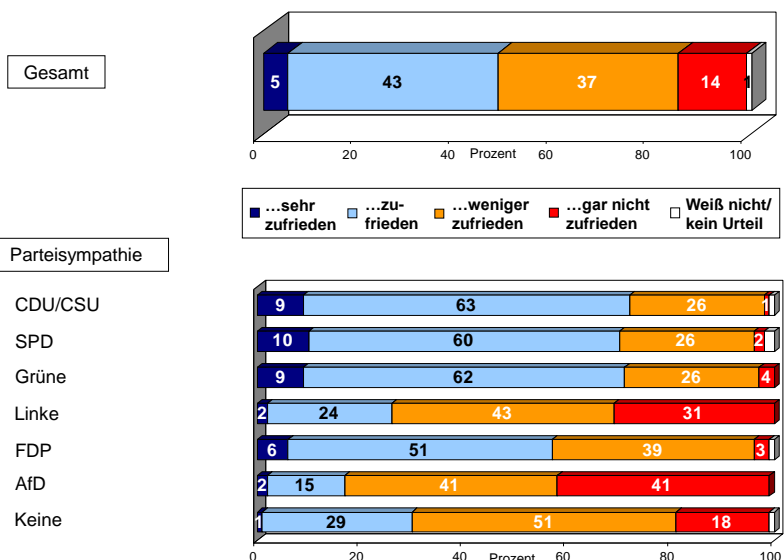


Besonders kritisch beurteilen die Anhänger der AfD die Demokratie in Deutschland. Nur 17% äußern sich positiv, aber 82% negativ. Auch die Sympathisanten der Linken (74%) und Bürger ohne Parteisympathie (69%) finden es überwiegend nicht gut, wie die Demokratie bei uns funktioniert. Vergleichsweise zufrieden äußern sich die Sympathisanten der etablierten Parteien.

Vertrauen in Demokratie und Politik

„Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem...?“

Basis: Alle



3.4

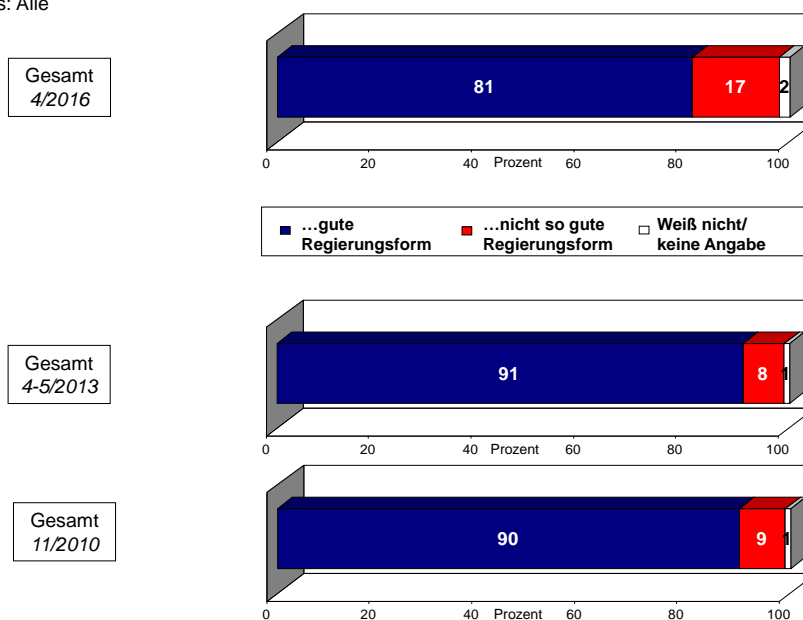
Zufriedenheit mit der Demokratie als Regierungsform

Eine breite Mehrheit der Deutschen hält grundsätzlich die Demokratie nach wie vor für eine gute Regierungsform, allerdings ist diese Auffassung von 90% im Jahre 2010, bzw. 91% im Jahr 2013 auf aktuell 81% zurückgegangen.

Vertrauen in Demokratie und Politik

Demokratiezufriedenheit: „Halten Sie die Demokratie ganz allgemein für eine...?“

Basis: Alle

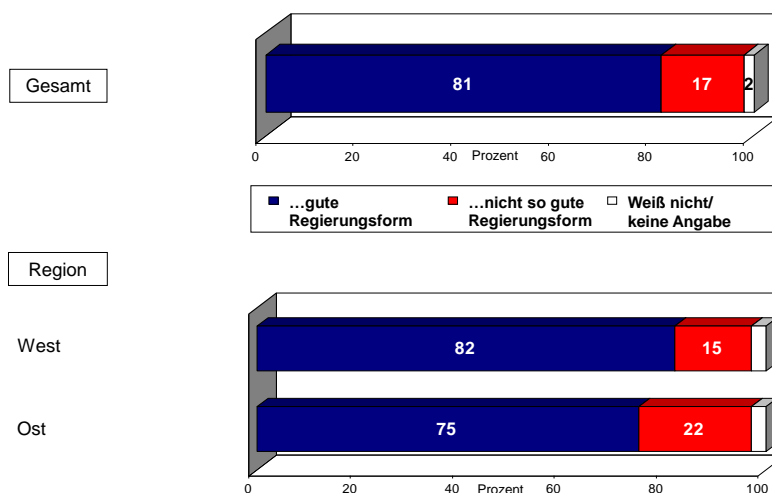


Insbesondere im Osten des Landes gibt es mehr Zweifler (22%) als im Westen (15%).

Vertrauen in Demokratie und Politik

Demokratiezufriedenheit: „Halten Sie die Demokratie ganz allgemein für eine...?“

Basis: Alle

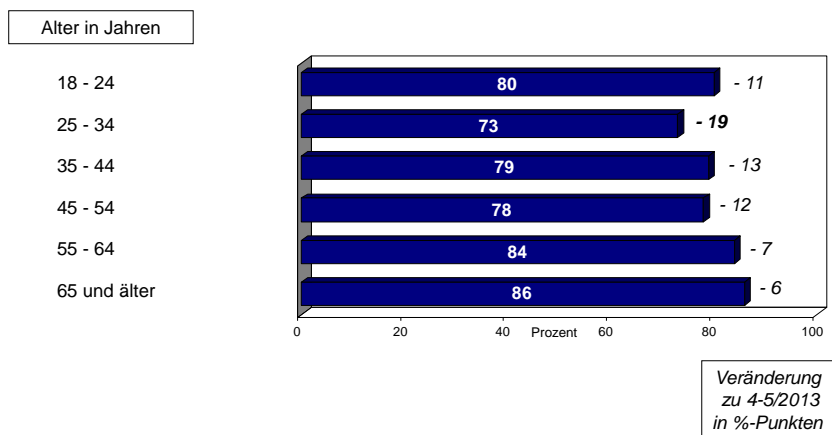


Vor allem die Bevölkerung in den mittleren Jahrgängen übt heute mehr Zurückhaltung als 2013: 73% der 25- bis 34-Jährigen (-19 Prozentpunkte), 79% der 35- bis 44-Jährigen (-13) und 78% der 45- bis 54-Jährigen (-12%) halten die Demokratie für eine gute Regierungsform.

Vertrauen in Demokratie und Politik

Demokratiezufriedenheit: „Halten Sie die Demokratie ganz allgemein für eine...?“

Ausschnitt: „Gute Regierungsform“ / Zeitvergleich

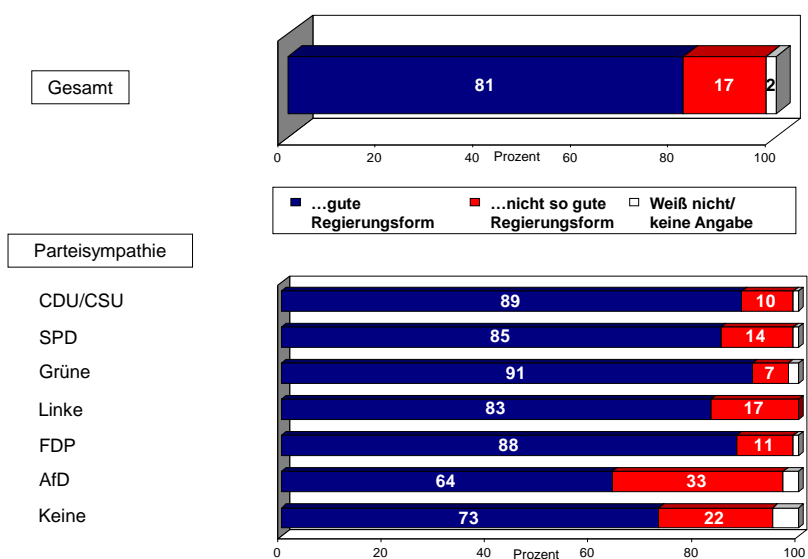


Immerhin ein Drittel der AfD-Anhänger bezeichnet die Demokratie als eine nicht so gute Regierungsform. Bei den Anhängern der anderen Parteien sind es zwischen 85% und 91%, die ihre grundsätzliche Zufriedenheit mit der Demokratie zum Ausdruck bringen.

Vertrauen in Demokratie und Politik

Demokratiezufriedenheit: „Halten Sie die Demokratie ganz allgemein für eine...?“

Basis: Alle



3.5

Vertrauen in Organisationen und Institutionen

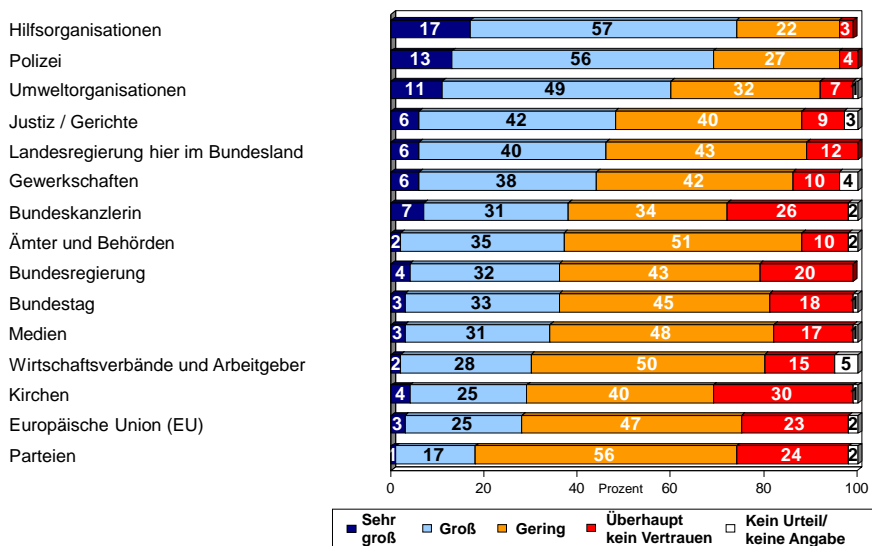
Hilfsorganisationen (74%) und Polizei (69%) genießen in der Bevölkerung das größte Vertrauen. Umweltorganisationen (60%) verlieren im Vergleich zu 2010 leicht, sie gehören damit aber weiter zur Spitzengruppe. Politischen Institutionen wie dem Bundestag (36%), der Bundesregierung (36%) aber auch der Bundeskanzlerin (38%) bringen im Vergleich dazu deutlich weniger Menschen Vertrauen entgegen. Etwas besser schneiden die Landesregierungen im jeweiligen Bundesland (46%) und die Gewerkschaften (44%) ab. Die Medien (34%), Wirtschaftsverbände und Arbeitgeber (31%) und die Kirchen (29%) nehmen Positionen im unteren Bereich der Rangreihe ein. Schlusslicht bleiben die Parteien, denen nur 18% Vertrauen aussprechen.

Vertrauen in Demokratie und Politik

Vertrauen in Organisationen und Institutionen

Basis: Alle

Gesamt



Im Vergleich zu 2010 registrieren wir bis auf zwei Ausnahmen nur wenige Veränderungen: Justiz und Gerichte büßen deutlich

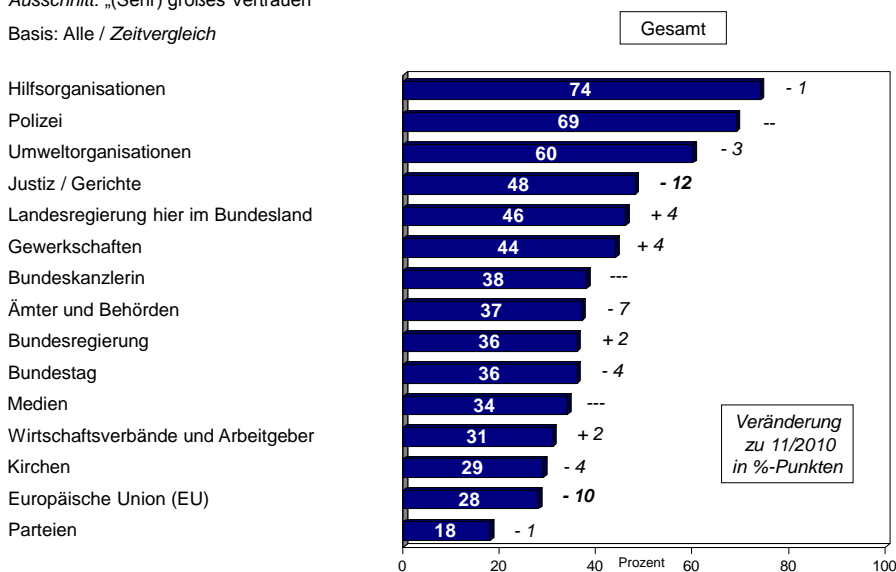
ein (-12 Prozentpunkte), fast ebenso groß ist der Vertrauensverlust der EU (-10).

Vertrauen in Demokratie und Politik

Vertrauen in Organisationen und Institutionen

Ausschnitt: „(Sehr) großes Vertrauen“

Basis: Alle / Zeitvergleich



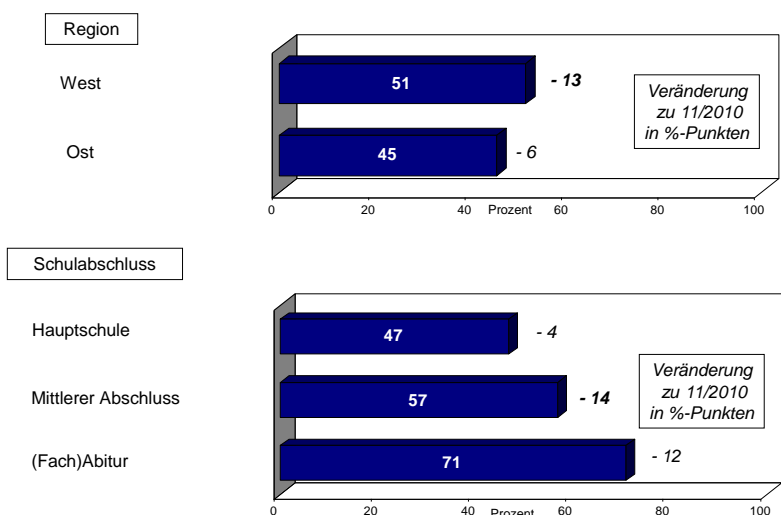
Betrachtet man diese beiden Institutionen nach soziodemografischen Merkmalen im Zeitvergleich, fällt auf, dass die Justiz vor allem in Westdeutschland an Vertrauen gegenüber 2013 verloren hat (51%, -13 Prozentpunkte), weniger in Ostdeutschland (45%, -6).

Und: Während nur noch eine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger mit Hauptschulabschluss Justiz und Gerichten vertrauen (47%, -4 Prozentpunkte), ist der Vertrauensverlust vor allem unter denjenigen mit mittlerem Abschluss (57%, -14) und denjenigen mit hoher formaler Bildung (71%, -12) deutlich.

Vertrauen in Demokratie und Politik

Vertrauen in Organisationen und Institutionen

Ausschnitt: „(Sehr) großes Vertrauen in Justiz/Gerichte“

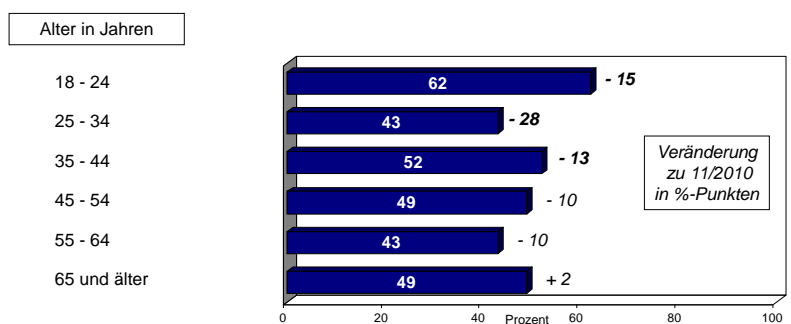


Auffällig ist im Zeitvergleich auch der vergleichsweise hohe Ansehensverlust der Justiz in den jüngeren Alterskohorten.

Vertrauen in Demokratie und Politik

Vertrauen in Organisationen und Institutionen

Ausschnitt: „(Sehr) großes Vertrauen in Justiz/Gerichte“



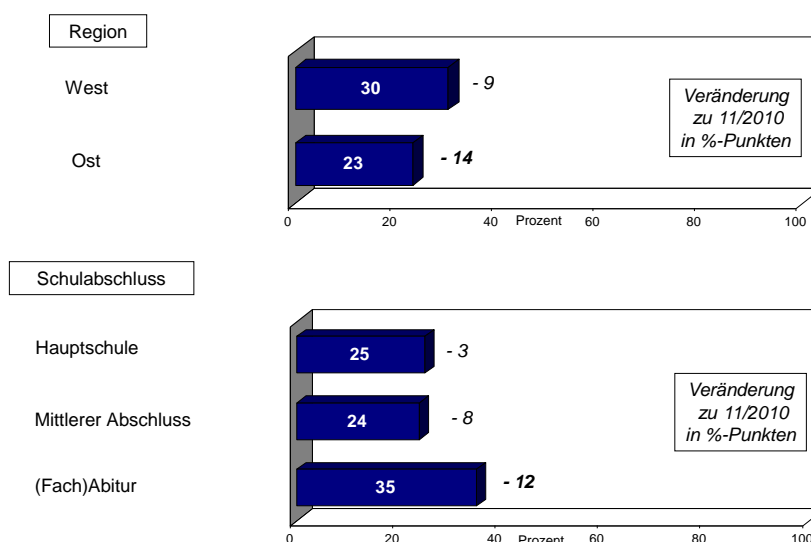
Die EU wird vor allem in den neuen Bundesländern kritischer gesehen als 2010: Hatten damals 37% Vertrauen in diese Institution, sind es heute nur noch 23%. In Westdeutschland vertrauen ihr 30% (-9).

Die EU genoss 2010 unter Bürgerinnen und Bürgern mit (Fach)Abitur noch ein vergleichsweise hohes Ansehen, immerhin beinahe jeder Zweite (47%) vertraute ihr. Aktuell trifft dies nur noch auf 35% zu.

Vertrauen in Demokratie und Politik

Vertrauen in Organisationen und Institutionen

Ausschnitt: „(Sehr) großes Vertrauen in die EU“

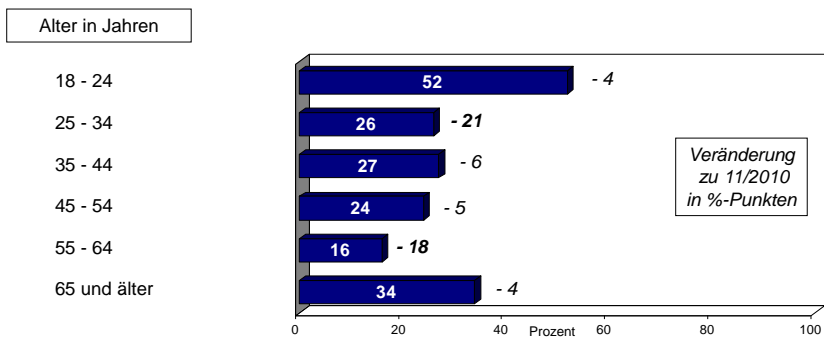


Die Europäische Union genießt in allen Altersgruppen mit Ausnahme der unter 25-Jährigen wenig Vertrauen. Vor allem die 55- bis 64-Jährigen (sehr großes/ großes Vertrauen: 16%) äußern sich diesmal kritischer als 2010 (-18 Prozentpunkte). Auch die 25-34-Jährigen gehen deutlich auf Distanz (26%, -21).

Vertrauen in Demokratie und Politik

Vertrauen in Organisationen und Institutionen

Ausschnitt: „(Sehr) großes Vertrauen in die EU“



4

Ansichten zu Politik, Parteien und Politikern

4.1

Charakterisierung der Politik in der gegenwärtigen Situation

Die Bürger zeichnen ein durchaus differenziertes Bild von der aktuellen politischen Situation im Land:

Kritik an der Politik macht sich vor allem an den folgenden Beobachtungen fest: 83% der Deutschen sind völlig (39%) oder überwiegend (44%) davon überzeugt, die Entscheidungsprozesse würden zu wenig offengelegt. Mangelnde Transparenz trägt auch dazu bei, dass die meisten Bürger aus ihrer Sicht zu schlecht über Politik informiert sind (trifft voll und ganz/eher zu: 78%). Politik habe es aber auch schwer, da jeder nur an seine eigenen Interessen denke (74%). Der Einfluss der Verbände und Interessengruppen auf die Politik wird überwiegend als zu groß wahrgenommen (69%). Relativierend wird jedoch auch von jedem Zweiten konstatiert, dass die Bürger mit zu großen Erwartungen an die Politik herantreten und dann enttäuscht werden. Politik wird insgesamt von knapp der Hälfte der Bevölkerung (47%) als zu kompliziert empfunden, da man vielfach nicht nachvollziehen könne, worum es eigentlich geht. Nur eine Minderheit (33%) ist der Überzeugung, die Politik kümmere sich wirklich um die wichtigen Probleme.

Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikansichten

Basis: Alle

Entscheidungsprozesse in der Politik werden zu wenig offen gelegt.

Die meisten Bürger sind zu schlecht über Politik informiert.

Jeder denkt nur an seine eigenen Interessen, deshalb kann es die Politik vielen nicht recht machen.

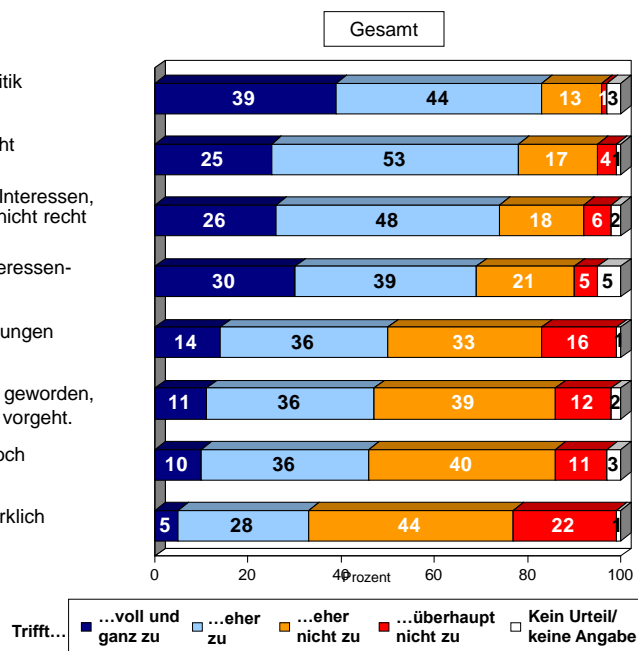
Der Einfluss der Verbände und Interessengruppen auf die Politik ist zu groß.

Die Bürger haben zu große Erwartungen an die Politik.

Die ganze Politik ist so kompliziert geworden, dass ich nicht mehr verstehe, was vorgeht.

Die Politik hat heutzutage kaum noch Handlungsspielräume.

Die Politik kümmert sich um die wirklich wichtigen Probleme.



Das aktuelle Meinungsbild unterscheidet sich nur wenig von dem, das wir 2010 ermittelt hatten. Die Ansicht, dass die Erwartungen an die Politik zu groß seien, wird heute etwas seltener vertreten und der wahrgenommene Einfluss der Interessengruppen geht, allerdings auf hohem Niveau, etwas zurück.

Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikansichten

Ausschnitt: „Trifft voll und ganz / eher zu“

Basis: Alle / Zeitvergleich

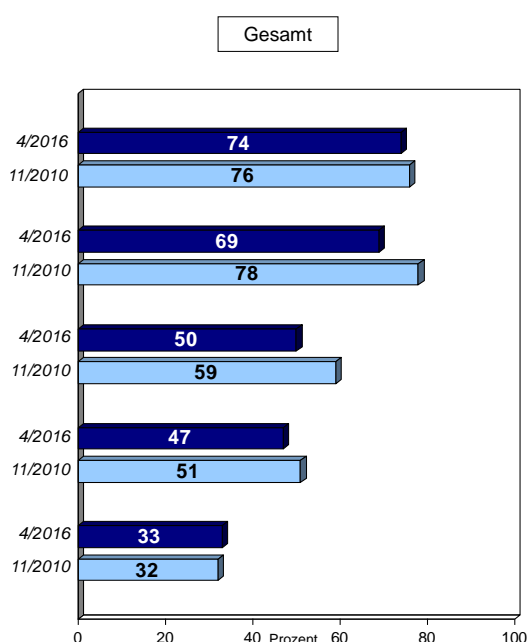
Jeder denkt nur noch an seine eigenen Interessen, deshalb kann es die Politik vielen nicht recht machen.

Der Einfluss der *Verbände (2010: Lobbyisten)* und Interessengruppen auf die Politik ist zu groß.

Die Bürger haben zu große Erwartungen an die Politik.

Die ganze Politik ist so kompliziert geworden, dass ich nicht mehr verstehe, was vorgeht.

Die Politik kümmert sich um die wirklich wichtigen Probleme.



Der sehr nachdrücklich vorgetragene Einwand, in der Politik fehle es an Transparenz, erheben vor allem Menschen mit einem starken politischen Interesse (86%). Aber auch die mit geringem oder keinem Politikinteresse kritisieren diesen Zustand (67%).

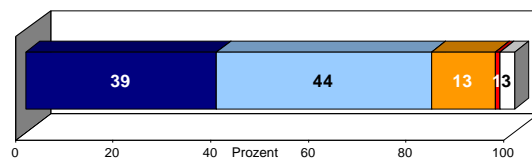
Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikansichten

Ausschnitt: „Entscheidungsprozesse in der Politik werden zu wenig offen gelegt.“

Basis: Alle

Gesamt



Trifft...
 ■ ...voll und ganz zu ■ ...eher zu ■ ...eher nicht zu ■ ...überhaupt nicht zu □ Kein Urteil/keine Angabe

Politikinteresse

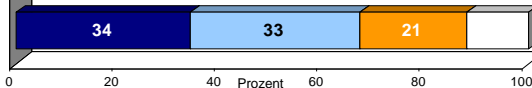
(Sehr) stark



Etwas



Kaum / gar keines



Konfrontiert mit dem Vorwurf, der Einfluss von Verbänden und Interessengruppen auf die Politik sei zu groß, gibt es unterschiedliche Reaktionen, je nachdem wie stark man sich mit der Politik beschäftigt. Personen mit einem starken Interesse unterstreichen diesen Vorwurf deutlich häufiger (76%) als die mit geringem oder keinem Interesse (45%).

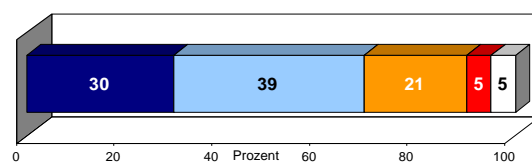
Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikansichten

Ausschnitt: „Der Einfluss der Verbände und Interessengruppen auf die Politik ist zu groß.“

Basis: Alle

Gesamt



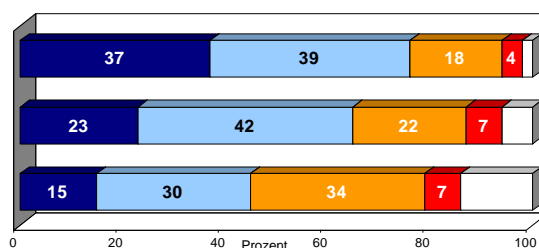
Trifft...
 ■ ...voll und ganz zu ■ ...eher zu ■ ...eher nicht zu ■ ...überhaupt nicht zu □ Kein Urteil/keine Angabe

Politikinteresse

(Sehr) stark

Etwas

Kaum / gar keines



Die so komplex gewordenen politischen Prozesse nicht verstehen zu können, artikulieren vor allem Personen mit einem einfachen Schulabschluss (55%), die mit (Fach-)Abitur teilen diese Ansicht deutlich seltener (38%).

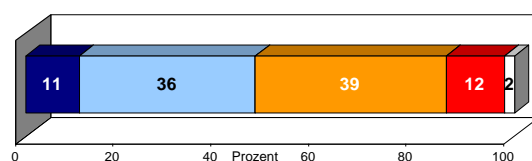
Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikansichten

Ausschnitt: „Die ganze Politik ist so kompliziert geworden, dass ich nicht mehr verstehe, was vorgeht.“

Basis: Alle

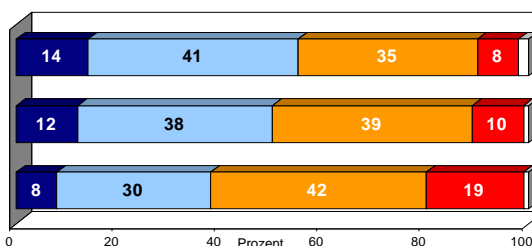
Gesamt



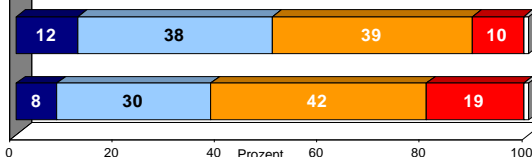
Trifft...
 ■ ...voll und ganz zu ■ ...eher zu ■ ...eher nicht zu ■ ...überhaupt nicht zu □ Kein Urteil/keine Angabe

Schulabschluss

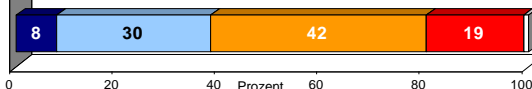
Hauptschule



Mittlerer Abschluss



(Fach)Abitur



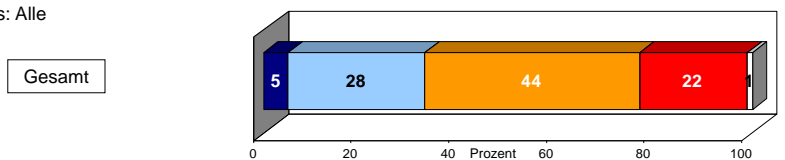
Die Aussage, die Politik kümmere sich tatsächlich um die wichtigen Probleme, wird von den Sympathisanten der verschiedenen Parteien unterschiedlich bewertet. Vor allem die der CDU/CSU (57%) und eingeschränkt die der SPD (46%) und der Grünen (43%) stimmen dem zu. Die Sympathisanten der Linken (80%) und der AfD (92%) lehnen dies jedoch massiv ab. Dies gilt auch für diejenigen, die keiner Partei nahe stehen (75%).

Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikansichten

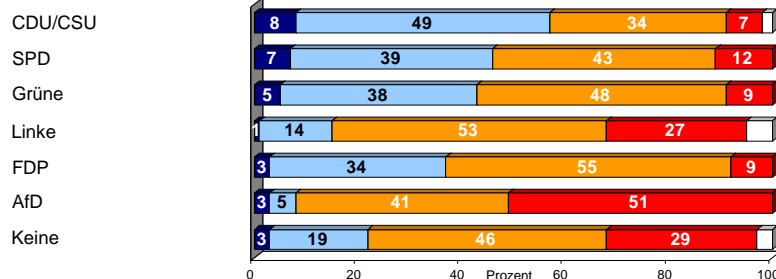
Ausschnitt: „Die Politik kümmert sich um die wirklich wichtigen Probleme.“

Basis: Alle



Trifft...
 ■ ...voll und ganz zu ■ ...eher zu ■ ...eher nicht zu ■ ...überhaupt nicht zu □ Kein Urteil/keine Angabe

Parteisympathie



4.2

Bewertung der Parteien

Wir hatten in Abschnitt 3.5 dargestellt, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien unverändert gering ist. Dies bedeutet aber nicht, deren demokratische Legitimation in Frage zu stellen. Für unsere Demokratie seien sie unverzichtbar, meinen 79%, 36% uneingeschränkt und weitere 43% mit Einschränkungen.

Die Hauptkritikpunkte bleiben die von 2010: Die Parteien geben Wahlversprechen ab, die sie nach der Wahl nicht halten (trifft voll und ganz/eher zu: 90%). Zudem fühlen sich viele Bürger durch die Parteien nicht mehr vertreten (84%). Für 63% trifft der Vorwurf zu, die im Bundestag vertretenen Parteien würden sich nicht mehr voneinander unterscheiden. 55% der Bundesbürger sind der Ansicht, es seien neue Parteien nötig, da die alten keine Lösungen für die anstehenden Probleme anbieten. Die Feststellung, es gebe keine Partei, die die persönlichen Interessen vertritt, halten 49% für zutreffend.

Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Parteiensichten

Basis: Alle

Gesamt

Die Parteien versprechen in ihren Wahlprogrammen Dinge, die sie nach der Wahl nicht halten.

Viele Bürger fühlen sich durch die Parteien nicht mehr vertreten.

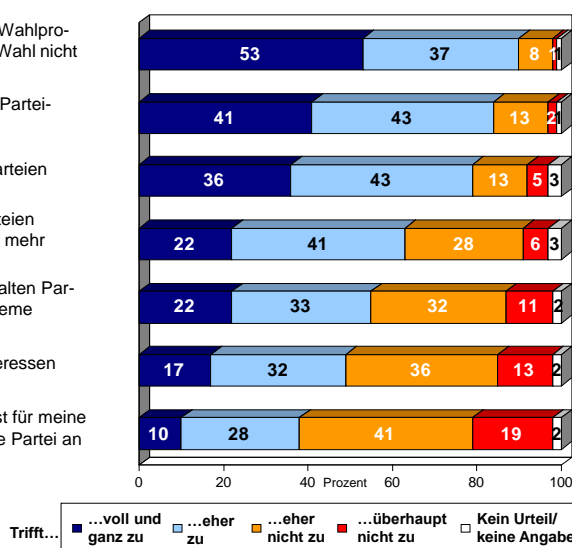
Für unsere Demokratie sind die Parteien unverzichtbar.

Die im Bundestag vertretenen Parteien unterscheiden sich eigentlich nicht mehr voneinander.

Neue Parteien sind nötig, weil die alten Parteien keine Lösungen für die Probleme anbieten.

Es gibt keine Partei, die meine Interessen vertritt.

Der Spitzenkandidat einer Partei ist für meine Wahlentscheidung wichtiger als die Partei an sich.



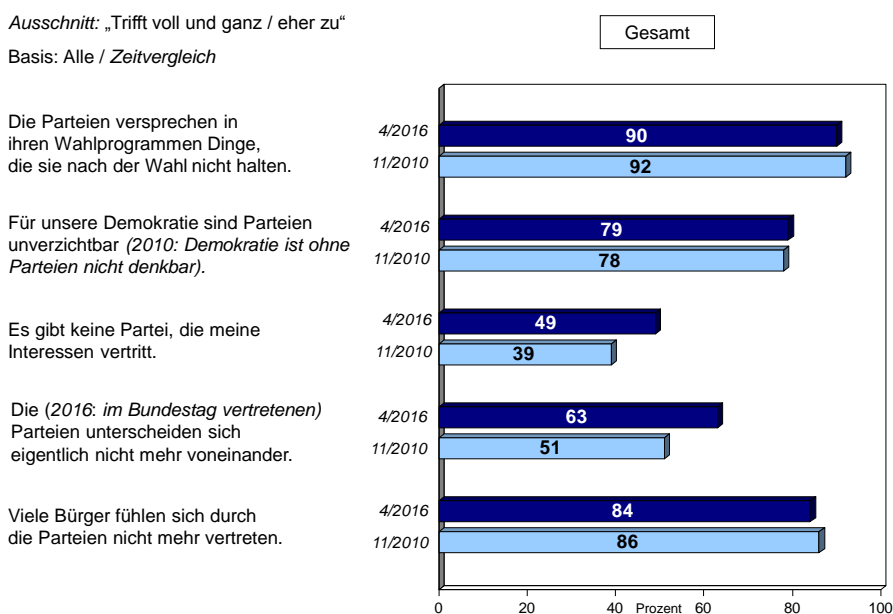
Der Zeitvergleich mit den 2010 ermittelten Ergebnissen zeigt einerseits, dass die Menschen nach wie vor nicht an der Notwendigkeit der Parteien zweifeln, gleichzeitig aber anhaltend Kritik üben. Zwei Ansichten werden heute deutlich häufiger vertreten als damals: 2010 erhoben 51% den Vorwurf, die Parteien würden sich nicht mehr voneinander unterscheiden, heute sind es 63%. Zugleich fühlen 49% (2010: 39%) ihre Interessen durch keine Partei mehr vertreten.

Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Parteiensichten

Ausschnitt: „Trifft voll und ganz / eher zu“

Basis: Alle / Zeitvergleich



Fehlende Interessenvertretung bemängeln nicht nur die Anhänger der AfD oder Personen ohne Sympathie für eine Partei, sondern auch breite Mehrheiten der Anhänger der etablierten Parteien.

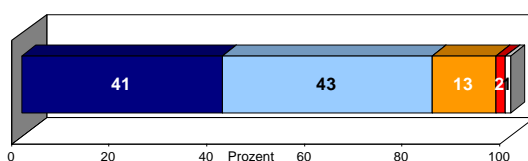
Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Parteiensichten

Ausschnitt: „Viele Bürger fühlen sich durch die Parteien nicht mehr vertreten.“

Basis: Alle

Gesamt



Trifft...
 ■ ...voll und ganz zu ■ ...eher zu ■ ...eher nicht zu ■ ...überhaupt nicht zu □ Kein Urteil/keine Angabe

Parteisympathie

CDU/CSU

SPD

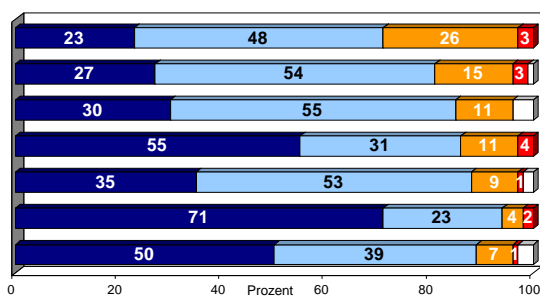
Grüne

Linke

FDP

AfD

Keine



Gleichzeitig werben alle Parteianhängerschaften für die Parteien, weil sie für unsere Demokratie unverzichtbar seien. Das sagen auch 62% der AfD-Anhänger.

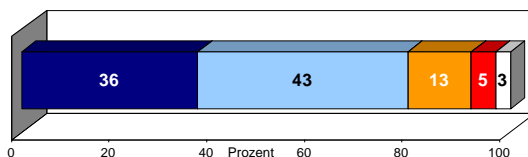
Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Parteiensichten

Ausschnitt: „Für unsere Demokratie sind die Parteien unverzichtbar.“

Basis: Alle

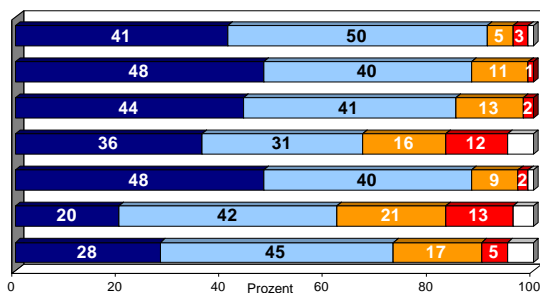
Gesamt



Trifft...
 ■ ...voll und ganz zu ■ ...eher zu ■ ...eher nicht zu ■ ...überhaupt nicht zu □ Kein Urteil/keine Angabe

Parteisympathie

- CDU/CSU
- SPD
- Grüne
- Linke
- FDP
- AfD
- Keine



Der Ruf nach neuen Parteien, da es den alten an Lösungskompetenz mangle, kommt vor allem von denen, die mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind (70%).

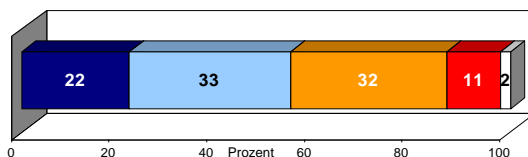
Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Parteiensichten

Ausschnitt: „Neue Parteien sind nötig, weil die alten Parteien keine Lösungen für die Probleme anbieten.“

Basis: Alle

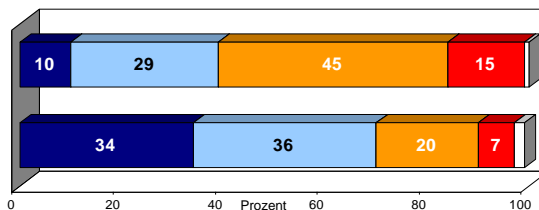
Gesamt



Trifft...
 ■ ...voll und ganz zu ■ ...eher zu ■ ...eher nicht zu ■ ...überhaupt nicht zu □ Kein Urteil/keine Angabe

Mit der Demokratie in Deutschland...

...(sehr) zufrieden



...weniger/nicht zufrieden

In diesem Zusammenhang ist es nicht überraschend, dass die Anhänger der AfD nahezu geschlossen neue Parteien verlangen, wohl aber, dass sich ebenso 35% der Sympathisanten von CDU/CSU, 44% der SPD und 54% der Linken sowie der FDP dieser Forderung anschließen.

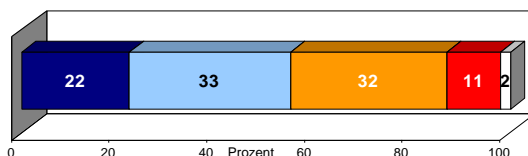
Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Parteiensichten

Ausschnitt: „Neue Parteien sind nötig, weil die alten Parteien keine Lösungen für die Probleme anbieten.“

Basis: Alle

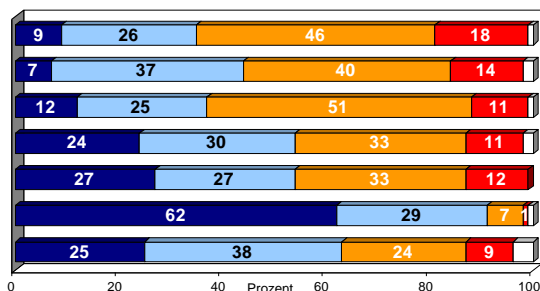
Gesamt



Trifft...
 ■ ...voll und ganz zu ■ ...eher zu ■ ...eher nicht zu ■ ...überhaupt nicht zu □ Kein Urteil/keine Angabe

Parteisympathie

- CDU/CSU
- SPD
- Grüne
- Linke
- FDP
- AfD
- Keine



4.3

Das Image unserer Politikerinnen und Politiker

Ihr Berufsbild wird ähnlich hart kritisiert wie die Parteien. Nur 30% der Deutschen halten Politiker für vertrauenswürdig (uneingeschränkt: 3%, eingeschränkt: 27%), und sogar nur 18% meinen, sie kümmern sich um die Sorgen der einfachen Leute.

Die wichtigsten Kritikpunkte: Die Politiker denken nicht langfristig genug, sondern immer nur bis zur nächsten Wahl (trifft voll und ganz/eher zu: 85%). Zudem schrecken sie davor zurück, unbequeme Entscheidungen zu treffen (79%). 71% der Deutschen unterstellen ihnen, sie würden ihre privilegierte Position dafür nutzen, sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Und die Hälfte hält ihnen vor, eine Sprache zu sprechen, die einem fremd und unverständlich vorkommt.

Die von großen Teilen der Bevölkerung geteilte Kritik an intransparenten Entscheidungsprozessen in einer immer komplizierter werdenden Politik, zusammen mit dem Vorwurf einer unverständlichen Sprache der Politiker verweist auf ein von den Bürgern empfundenes Kommunikations- und Erklärungsdefizit.

Und: Die Aussage, Politiker würden hart arbeiten und sich wirklich einsetzen, wird nur von 37% der Bevölkerung unterstützt.

Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikeransichten

Basis: Alle

Unsere Politiker...

...denken nicht langfristig genug, sondern immer nur bis zur nächsten Wahl.

...schrecken vor unbequemen Entscheidungen zurück.

...nutzen ihre Stellung, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen.

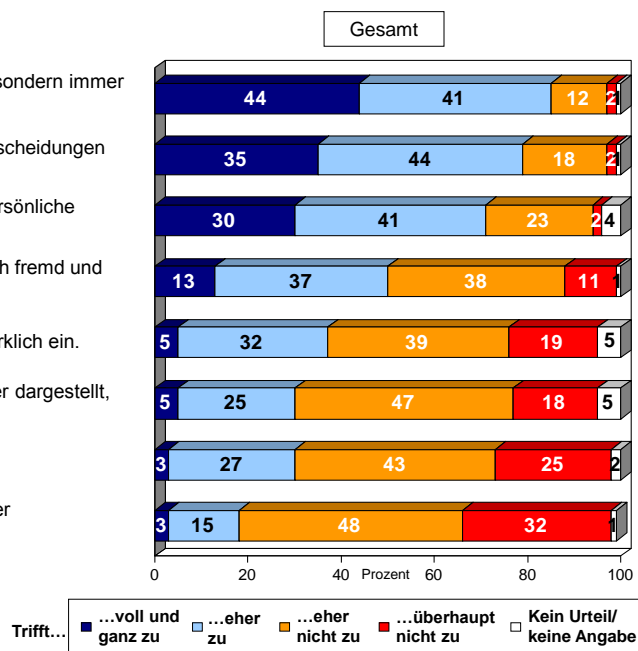
...haben eine Sprache, die für mich fremd und unverständlich ist.

...arbeiten hart und setzen sich wirklich ein.

...werden in den Medien schlechter dargestellt, als sie tatsächlich sind.

...sind vertrauenswürdig.

...kümmern sich um die Sorgen der einfachen Leute.



Gegenüber 43% im Jahr 2010 haben heute nur noch 30% den Eindruck, Politiker würden in den Medien schlechter dargestellt als sie tatsächlich sind.

Innerhalb von knapp 10 Jahren hat sich die Zustimmung zu der Aussage, Politiker kümmern sich um die Sorgen der einfachen Leute, fast halbiert: Bereits 2005 war es nur eine Minderheit (31%), die das unterstützte, heute sind es nur noch 18%.

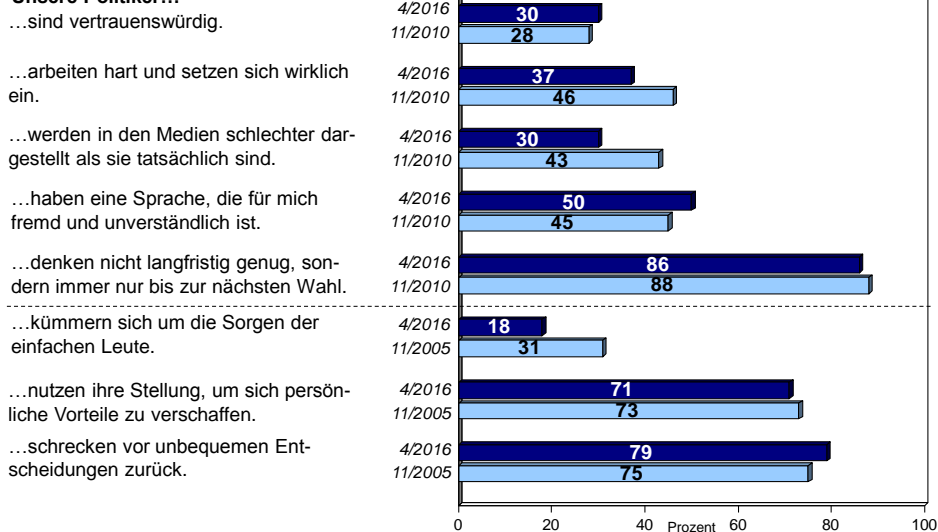
Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikeransichten

Ausschnitt: „Trifft voll und ganz / eher zu“

Basis: Alle / Zeitvergleich

Unsere Politiker...



Insbesondere für Bürgerinnen und Bürger mit einfacher Schulbildung haben Politiker eine Sprache, die ihnen fremd und unverständlich erscheint (61%). Von denen mit hoher formaler Bildung sehen dies lediglich 34% auch so.

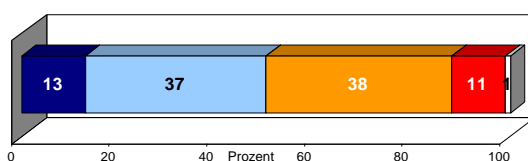
Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikeransichten

Ausschnitt: „Unsere Politiker ...haben eine Sprache, die für mich fremd und unverständlich ist.“

Basis: Alle

Gesamt



Trifft...
 ■ ...voll und ganz zu ■ ...eher zu ■ ...eher nicht zu ■ ...überhaupt nicht zu □ Kein Urteil/keine Angabe

Schulabschluss

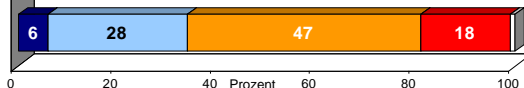
Hauptschule



Mittlerer Abschluss



(Fach)Abitur



Für nur 28% der Ostdeutschen arbeiten unsere Politiker hart und setzen sich wirklich ein. Im Westen sehen dies 39% so.

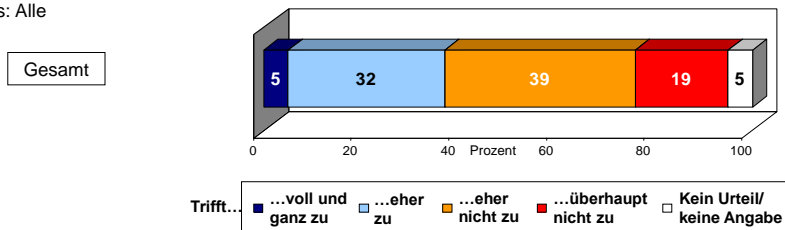
Und: Während eine Mehrheit der Anhänger der CDU/CSU (58%), der SPD (52%) und der Grünen (52%) den Politikern generell Engagement bescheinigen, trifft dies nur auf Minderheiten der Sympathisanten der FDP (33%), der Linken (25%) und der Bürgerinnen und Bürger ohne Parteisympathie (27%) zu. Besonders kritisch (89%) beurteilen unter diesem Aspekt die Sympathisanten der AfD die bundesdeutschen Politiker.

Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikeransichten

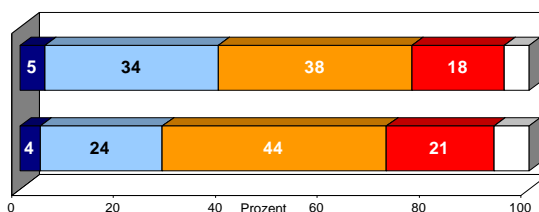
Ausschnitt: „Unsere Politiker ...arbeiten hart und setzen sich wirklich ein.“

Basis: Alle

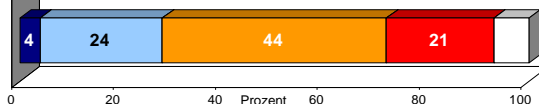


Region

West



Ost

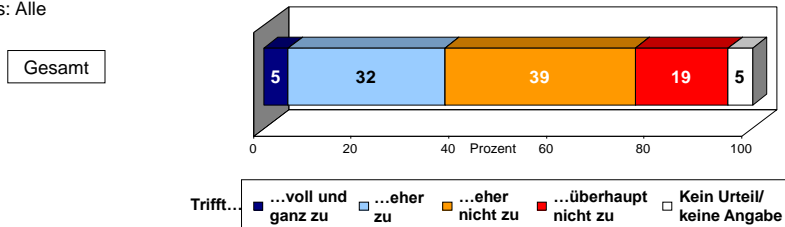


Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikeransichten

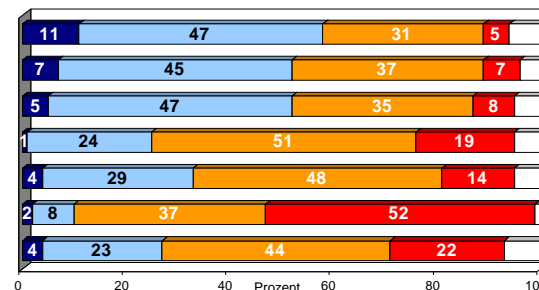
Ausschnitt: „Unsere Politiker ...arbeiten hart und setzen sich wirklich ein.“

Basis: Alle



Parteisympathie

CDU/CSU



SPD

Grüne

Linke

FDP

AFD

Keine

Als vertrauenswürdig stufen die Hälfte der über 65-Jährigen die Politiker ein. In allen anderen Altersgruppen ist das Vertrauen deutlich geringer. Von den 45- bis 64-Jährigen und den 25- bis 34-Jährigen hält nur jeweils jeder Fünfte Politiker für vertrauenswürdig.

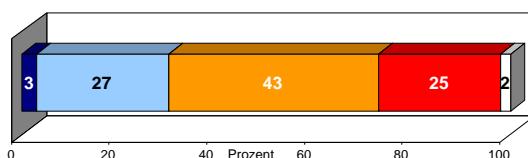
Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikeransichten

Ausschnitt: „Unsere Politiker ...sind vertrauenswürdig.“

Basis: Alle

Gesamt



Trifft...
 ■ ...voll und ganz zu ■ ...eher zu ■ ...eher nicht zu ■ ...überhaupt nicht zu □ Kein Urteil/keine Angabe

Alter in Jahren

18 - 24

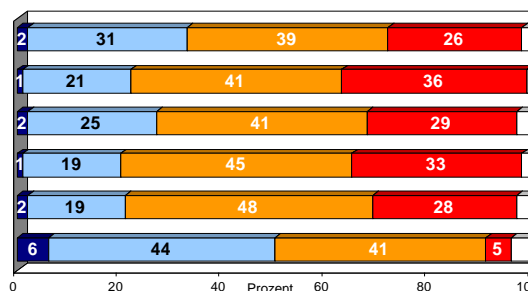
25 - 34

35 - 44

45 - 54

55 - 64

65 und älter



Auffällig ist die große Distanz von AfD-Sympathisanten zu den Politikern insgesamt. Nur 5% stufen diese als vertrauenswürdig ein.

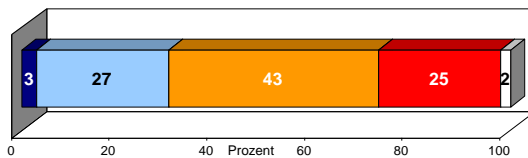
Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

Politikeransichten

Ausschnitt: „Unsere Politiker ...sind vertrauenswürdig.“

Basis: Alle

Gesamt



Trifft...
 ■ ...voll und ganz zu ■ ...eher zu ■ ...eher nicht zu ■ ...überhaupt nicht zu □ Kein Urteil/keine Angabe

Parteisympathie

CDU/CSU



SPD



Grüne



Linke



FDP



AFD



Keine



5

Wie kann mehr Vertrauen und Bürgernähe hergestellt werden?

Die Ergebnisse dieser offenen Frage sind weitgehend frei von Überraschungen. Im Mittelpunkt stehen zunächst einmal die Persönlichkeitsmerkmale von Politikern, 22% der Nennungen beziehen sich auf diesen Aspekt. Es wäre aus Sicht der Bevölkerung vertrauensbildend, wenn sie mehr Ehrlichkeit an den Tag legten und den Bürgerinnen und Bürgern offen und glaubwürdig begegnen würden. Sie sollten zudem die Interessen und Sorgen der (deutschen) Bevölkerung im Auge haben und sich um sie kümmern (20%), mit einer bürgernahen, realitätsbezogenen Politik (16%) und im Dialog mit den Bürgern (12%).

Im Abschnitt 4.2 haben wir als Hauptkritikpunkt geschildert, die Parteien würden ihre Wahlversprechen nicht einhalten. Bei den spontanen Antworten auf die Frage, wie fehlendes Vertrauen wieder hergestellt werden könne, taucht dieser Aspekt auch auf (15%). Mehr Bürgerbeteiligung durch Volksabstimmungen und Volksentscheide, die signalisieren, dass die Interessen der Bürger Vorrang vor den Interessen der Parteien haben, würden nach Ansicht von 6% ebenfalls vertrauensbildend wirken.

Bemerkenswert: Konkrete politische Inhalte, wie z.B. Zuwanderung (3%) spielen kaum eine Rolle.

Meinungen zu Politik, Parteien und Politikern

„Was könnten Ihrer Meinung nach Politiker und Parteien ganz konkret tun, um wieder mehr Vertrauen herzustellen?“ (*Offene Frage ohne Antwortvorgaben*)

Basis: Alle

Persönlichkeitsmerkmale: Mehr Ehrlichkeit, Offenheit, Transparenz, Demut, Glaubwürdigkeit	22
Mehr um Interessen/Sorgen der (deutschen) Bevölkerung kümmern	20
Bürgernahe, realitätsbezogene Politik/ Entscheidungen	16
(Wahl)Versprechen einhalten, keine leeren Versprechungen machen	15
Dialog mit Bürgern/ mehr auf Volkes Stimme hören	12
Bessere Sozialpolitik/ Soziale Ungleichheit bekämpfen	7
Mehr Bürgerbeteiligung/Volksentscheide/-abstimmungen	6
Bürgerinteressen vor Parteiinteressen	4
Lobbyismus begrenzen	4
Politik allgemeinverständlich kommunizieren	3
Zuwanderung/Asyl begrenzen	3

Prozent

6 Partizipation der Bevölkerung

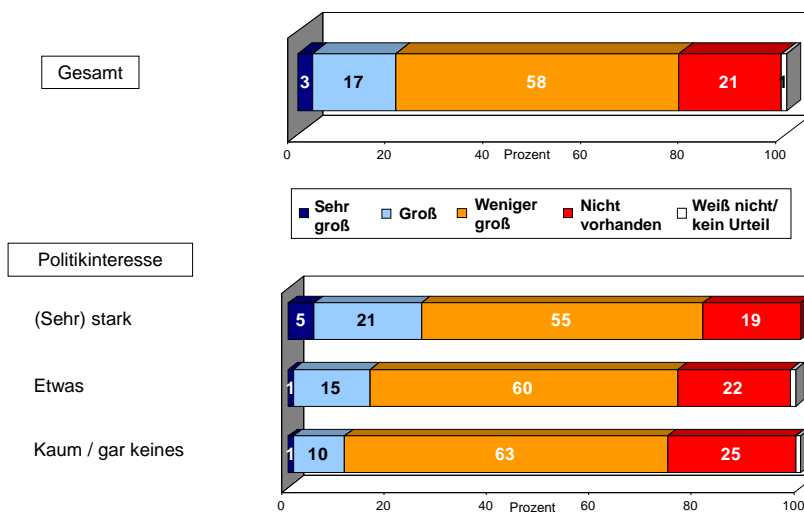
6.1 Bewertung von Einflussmöglichkeiten

Nur eine Minderheit der Bevölkerung ist davon überzeugt, genügend Einfluss auf die Politik nehmen zu können (sehr groß: 3%, groß: 17%). Die breite Mehrheit sieht das nicht so. Es gibt auch nur einen begrenzten Zusammenhang zwischen den Möglichkeiten der Einflussnahme und dem Interesse für das politische Geschehen. Unabhängig davon, ob man stark oder weniger stark politisch interessiert ist, sehen sich die Bürgerinnen und Bürger ohne größeren Einfluss auf die Politik.

Bürgerbeteiligung

„Wie groß ist der Einfluss, den man als Bürger auf die Politik nehmen kann?“

Basis: Alle



6.2

Parlamentarische oder direkte Demokratie?

Wenn die Bürger die Wahl hätten zwischen der parlamentarischen Demokratie, bei der die gewählten Abgeordneten Entscheidungen treffen und Gesetze beschließen und direkter Demokratie, bei der die Bürger in Sachfragen durch Volksabstimmungen entscheiden könnten, würden sich nur 25% für die parlamentarische Demokratie, aber 68% für eine direkte Demokratie entscheiden. Eine Mischform können sich spontan 6% vorstellen.

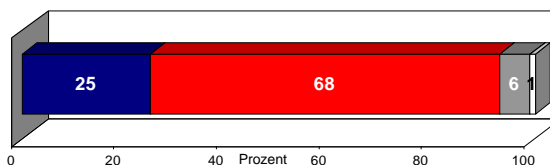
Auch bei den Sympathisanten der etablierten Parteien gibt es bei dieser Gegenüberstellung keine Mehrheiten für das parlamentarische Modell.

Bürgerbeteiligung

„Wenn Sie es sich aussuchen könnten, welches der beiden nachfolgenden Demokratiemodelle würden Sie bevorzugen?“

Basis: Alle

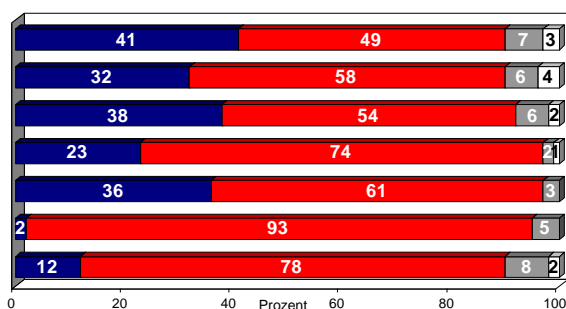
Gesamt



■ Eine parlamentarische Demokratie, bei der gewählte Abgeordnete Entscheidungen treffen und Gesetze beschließen. ■ Eine direkte Demokratie, bei der die Bürger in Sachfragen abschließend durch Volksabstimmungen entscheiden. ■ Spontan: Eine Mischform aus beidem. □ Spontan: Weder noch/Weiß nicht/kein Urteil

Parteisympathie

CDU/CSU
SPD
Grüne
Linke
FDP
AfD
Keine



6.3

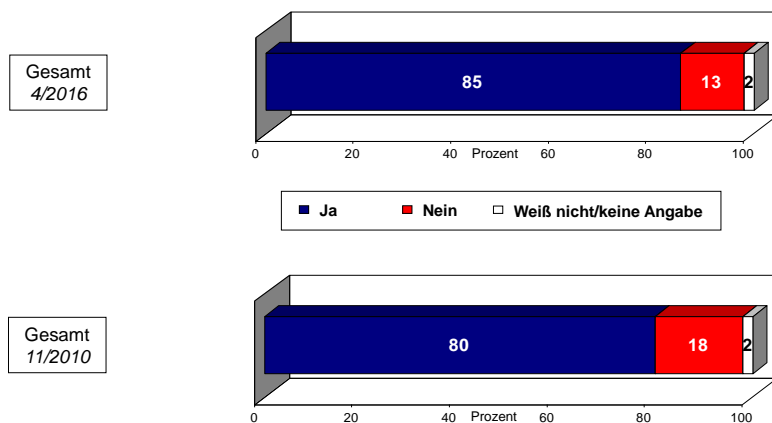
Sollte es mehr Volksabstimmungen geben?

Ähnlich wie 2010 gibt es auch heute über alle Gesellschaftsgruppen hinweg eine breite Mehrheit in der Bevölkerung, die dafür plädiert, die Bürger zukünftig häufiger als bisher über wichtige Fragen in Volksabstimmungen entscheiden zu lassen.

Bürgerbeteiligung

„Sollten die Bürger über wichtige Fragen in Volksabstimmungen zukünftig häufiger selbst entscheiden können?“

Basis: Alle



6.4

Meinungen zu Volksabstimmungen

Die Standpunkte, die für oder gegen Volksabstimmungen sprechen, haben sich nur wenig verändert, wenn man die aktuellen Ergebnisse mit denen aus dem Jahr 2010 vergleicht. Volksabstimmungen sind aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger deshalb populär, weil sie das Interesse an der Politik verstärken können (völlige oder überwiegende Zustimmung 2010: 84%, 2016: 86%) und durch sie der Wille der Bürger besser zum Tragen kommt (2010: 81%, 2016: 86%). Weiterhin gilt auch, sie seien ein gutes Instrument dafür, um die Politiker besser kontrollieren zu können (2010: 75%, 2016: 79%).

2010 waren 78% der Meinung, bei Volksabstimmungen würden sich nicht die mit den besseren Argumenten durchsetzen, sondern die, die sich besser inszenieren können. 2016 meinen das noch 66%. Mit etwas weniger Nachdruck als 2010 wird heute vor der Gefahr gewarnt, bei Volksabstimmungen würden sich Minderheiten durchsetzen, weil sich nur wenige daran beteiligen (2010: 72%, 2016: 66%). Trotz des Rückgangs bleibt dies ein wichtiger Einwand gegen mehr Volksabstimmungen.

Es gibt zwei Argumente, die im Vergleich zu den genannten weniger häufig angeführt werden und die im Vergleich zu 2010 an Bedeutung verloren haben:

45% der Deutschen meinen, nach einiger Zeit werde sich niemand mehr für die ständigen Abstimmungen interessieren (2010: 50%, 2016: 46%) und es sei nicht gut, wenn durch Volksabstimmungen Beschlüsse der Parlamente wieder aufgehoben würden (2010: 46%, 2016: 40%). Dies bedeutet andererseits, dass 51% es durchaus befürworten, wenn parlamentarische Entscheidungen durch Volksabstimmungen aufgehoben werden könnten.

Bürgerbeteiligung

Meinungen zum Thema Volksabstimmungen

Basis: Alle

Durch Volksabstimmungen kann das Interesse an Politik verstärkt werden.

Der Wille der Bürger kommt durch Volksabstimmungen besser zum Tragen.

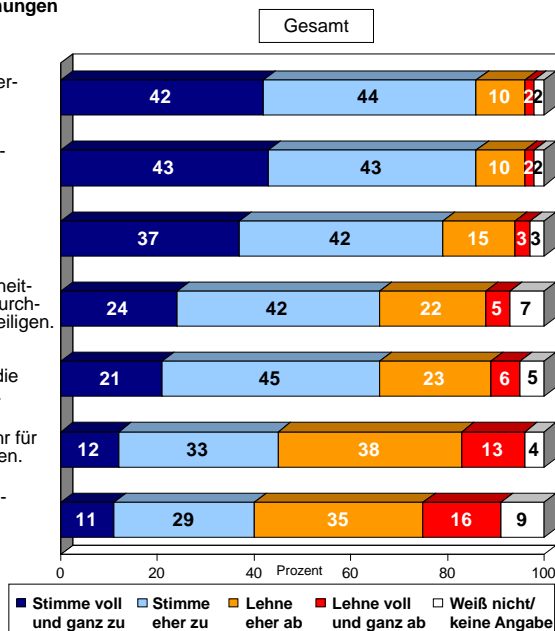
Die Politiker werden besser kontrolliert, wenn es mehr Volksabstimmungen gibt.

Es besteht die Gefahr, dass sich Minderheitenmeinungen bei Volksabstimmungen durchsetzen, wenn sich nur wenige daran beteiligen.

Es werden sich nicht die mit den besten Argumenten durchsetzen, sondern die, die sich am besten in Szene setzen können.

Nach einiger Zeit wird sich niemand mehr für die ständigen Abstimmungen interessieren.

Es ist nicht gut, wenn durch Volksabstimmungen Parlamentsbeschlüsse wieder aufgehoben werden können.



Bürgerbeteiligung

Meinungen zum Thema Volksabstimmungen

Ausschnitt: „Stimme voll und ganz / eher zu“

Basis: Alle / Zeitvergleich

Durch Volksabstimmungen kann das Interesse an Politik verstärkt werden.

Der Wille der Bürger kommt durch Volksabstimmungen besser zum Tragen.

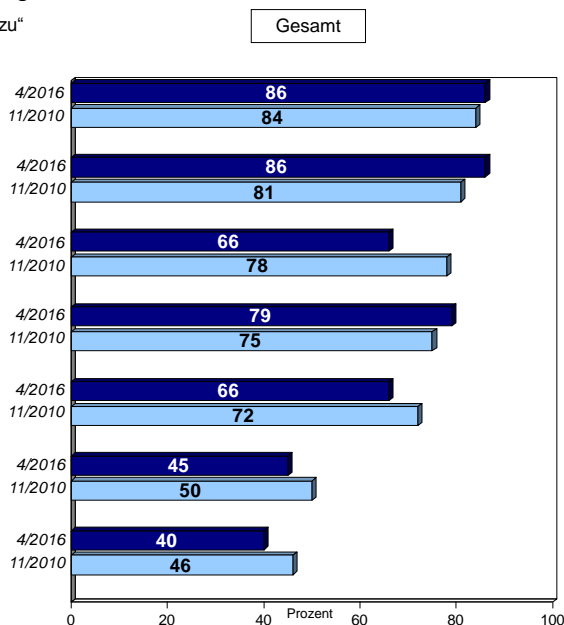
Es werden sich nicht die mit den besten Argumenten durchsetzen, sondern die, die sich am besten in Szene setzen können.

Die Politiker werden besser kontrolliert, wenn es mehr Volksabstimmungen gibt.

Es besteht die Gefahr, dass sich Minderheitenmeinungen bei Volksabstimmungen durchsetzen, wenn sich nur wenige daran beteiligen.

Nach einiger Zeit wird sich niemand mehr für die ständigen Abstimmungen interessieren.

Es ist nicht gut, wenn durch Volksabstimmungen Parlamentsbeschlüsse wieder aufgehoben werden können.



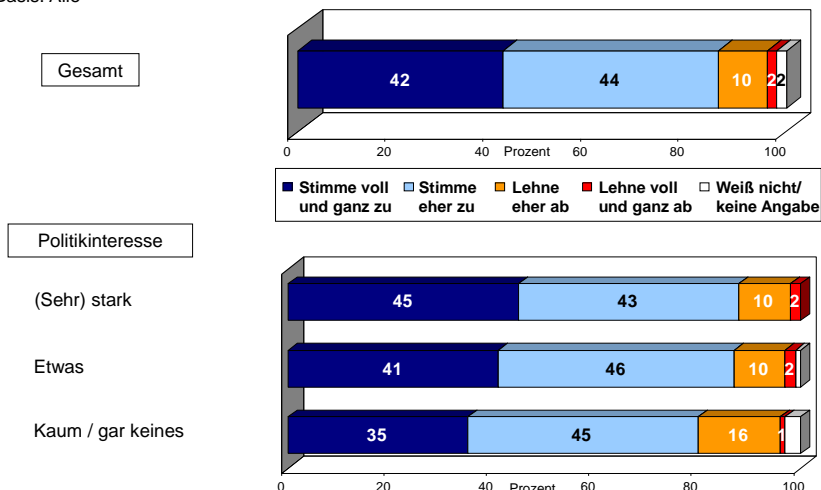
Interessant ist es, das Ergebnis nach den politischen Interessen aufzuschlüsseln, weil wir ein durchgängiges Meinungsbild registrieren: 86% der Deutschen glauben, durch Volksabstimmungen könne sich das Interesse an Politik verstärken. Das gilt in nahezu gleichem Ausmaß für Personen, die sich stark mit dem politischen Geschehen beschäftigen (88%), als auch für diejenigen, die sich kaum oder gar nicht dafür interessieren (80%).

Bürgerbeteiligung

Meinungen zum Thema Volksabstimmungen

Ausschnitt: „Durch Volksabstimmungen kann das Interesse an Politik verstärkt werden.“

Basis: Alle



Innerhalb der Parteisymphisanten gehen die Meinungen sehr auseinander: Nicht gut finden das jeweils 57% der CDU/CSU- und SPD-Symphisanten, bei denen der Grünen halten sich Pro und Contra in etwa die Waage. Jeweils eine Mehrheit der Sympathisanten der Linken (62%) und der AfD (84%) würden eine Aufhebung parlamentarischer Beschlüsse durch Volksabstimmungen gutheißen.

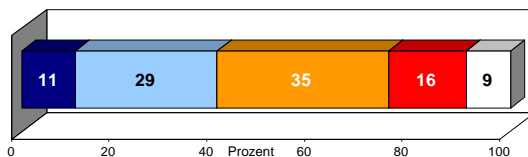
Bürgerbeteiligung

Meinungen zum Thema Volksabstimmungen

Ausschnitt: „Es ist nicht gut, wenn durch Volksabstimmungen Parlamentsbeschlüsse wieder aufgehoben werden können.“

Basis: Alle

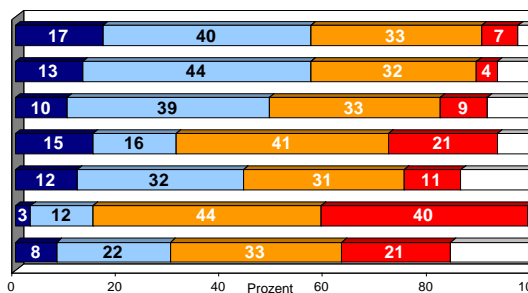
Gesamt



■ Stimme voll und ganz zu ■ Stimme eher zu ■ Lehne eher ab ■ Lehne voll und ganz ab □ Weiß nicht/keine Angabe

Parteisympathie

- CDU/CSU
- SPD
- Grüne
- Linke
- FDP
- AfD
- Keine



6.5

Akzeptanz verschiedener Formen der politischen Beteiligung

50% der Bürgerinnen und Bürger haben sich bereits ein oder mehrmals an einer Unterschriftenaktion oder Petition beteiligt, 35% schließen solche Aktivitäten nicht aus. 13% können sich das nicht vorstellen. Die Erfahrungen mit Bürger- oder Volksentscheiden sind deutlich seltener. Nur ein Drittel hat dabei schon mitgemacht, aber das Potenzial (53%) ist ähnlich groß, wie die mögliche Beteiligung an einer Bürgerversammlung (49%). 31% haben hierbei bereits Erfahrungen gesammelt, 19% möchten keine machen.

Deutlich anders ist das Meinungsbild, wenn es um Demonstrationen geht. 25% der Deutschen geben an, bereits demonstrieren gegangen zu sein, ein Drittel kann sich vorstellen, das einmal zu tun, aber für 41% kommt das nicht in Frage. Noch größer ist die Ablehnung, wenn es um Wahlkampfveranstaltungen oder Kundgebungen geht: Die Hälfte lehnt eine Teilnahme daran grundsätzlich ab, 16% waren schon aktiv und 31% schließen nicht aus, sich hier zu engagieren. Die größte Ablehnung registrieren wir, wenn es um die Mitarbeit in einer Partei oder deren Jugendorganisation geht: 57% schließen dies kategorisch aus, 27% können sich das durchaus vorstellen und 13% geben an, hier bereits Erfahrungen gesammelt zu haben.

Mit das größte Potenzial haben Bürgerinitiativen, 50% der Deutschen können sich vorstellen, hier mitzuarbeiten, 12% tun dies bereits oder haben es in der Vergangenheit getan. 34% schließen solche Aktivitäten für sich allerdings aus.

Bürgerbeteiligung

Formen der politischen Beteiligung

Basis: Alle

Teilnahme an Wahlen.

Teilnahme an einer Unterschriftenaktion oder Petition.

Teilnahme an einem Bürger- oder Volksentscheid.

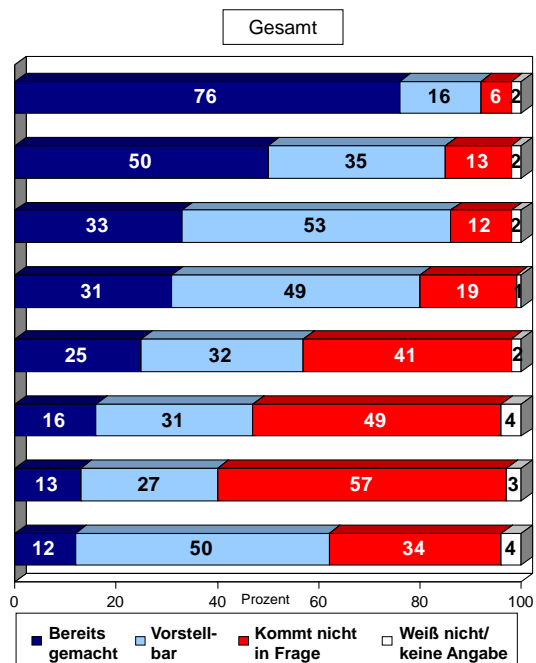
Teilnahme an einer Bürgerversammlung am Wohnort.

Teilnahme an Demonstrationen.

Teilnahme an Wahlkampfveranstaltungen oder Kundgebungen.

Mitarbeit in einer Partei oder deren Jugendorganisation.

Mitarbeit in einer Bürgerinitiative.



6.5.1

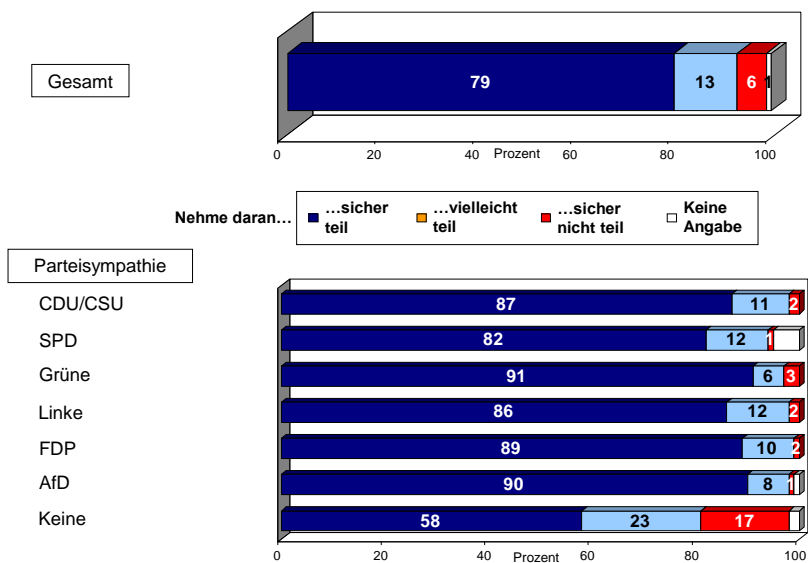
Beteiligung an der nächsten Bundestagswahl

79% der Menschen in Deutschland sind sich heute sicher, an der nächsten Bundestagswahl teilzunehmen. Bei diesem Ergebnis ist allerdings der Einfluss sozialer Erwünschtheit nicht auszuschließen. Mit dem Ergebnis zu dieser Frage möchten wir dokumentieren, dass zum heutigen Zeitpunkt die Sympathisanten aller Parteien, also auch die der AfD, die Absicht haben, bei der Bundestagswahl ihre Stimme abzugeben.

Bürgerbeteiligung

„Wenn Sie einmal an die nächste Bundestagswahl denken: Nehmen Sie voraussichtlich an dieser Wahl teil?“

Basis: Alle

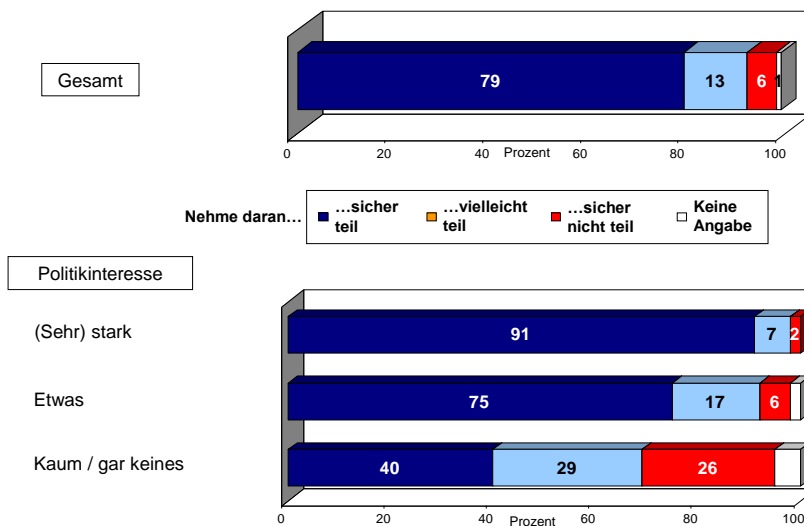


Ein klarer Zusammenhang besteht zwischen Politikinteresse und Wahlbeteiligung: Während sich 91% der Politikinteressierten voraussichtlich an der kommenden Bundestagswahl beteiligen werden, gilt dies lediglich für 40% derjenigen, die sich nur gering oder gar nicht für Politik interessieren.

Bürgerbeteiligung

„Wenn Sie einmal an die nächste Bundestagswahl denken: Nehmen Sie voraussichtlich an dieser Wahl teil?“

Basis: Alle



7 Medien

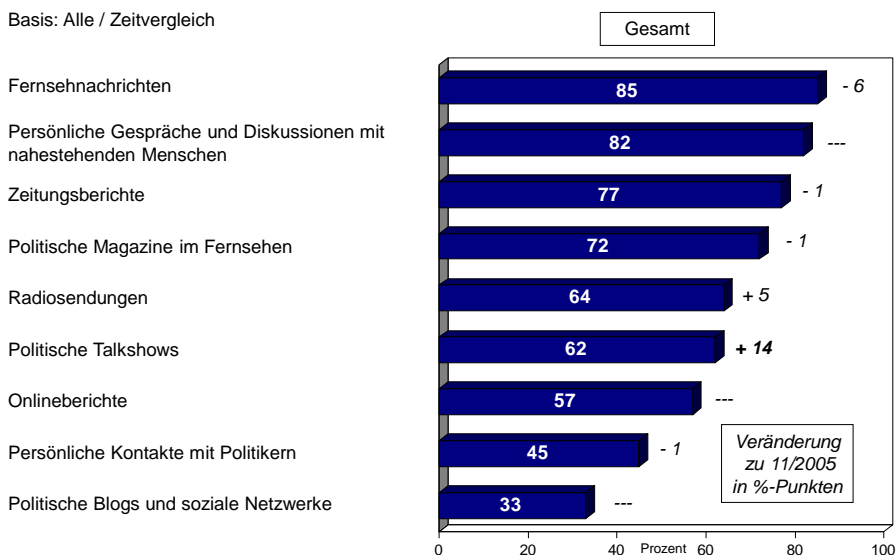
7.1 Bedeutung von Informationsquellen

Im Vergleich zu 2005 hat sich die Bedeutung unterschiedlicher Informationsquellen nur wenig geändert. Fernsehnachrichten, Zeitungsberichte und politische Magazine im Fernsehen werden heute als genauso wichtig eingestuft, wie 2005. Die Zuwendung zu den etablierten Medien ist groß. In der aktuellen Befragung wurde als weitere Informationsquelle die persönliche Kommunikation aufgenommen und es zeigt sich, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger fast genauso relevant ist (sehr wichtig/wichtig: 82%), wie die Rezeption medialer Angebote. Die Bedeutung von Radiosendungen hat etwas zugenommen (64%, +5 Prozentpunkte), die von politischen Talkshows hat sogar stark zugenommen (62%, +14).

Wichtigkeit von Informationsquellen

Ausschnitt: „Sehr wichtig / wichtig“

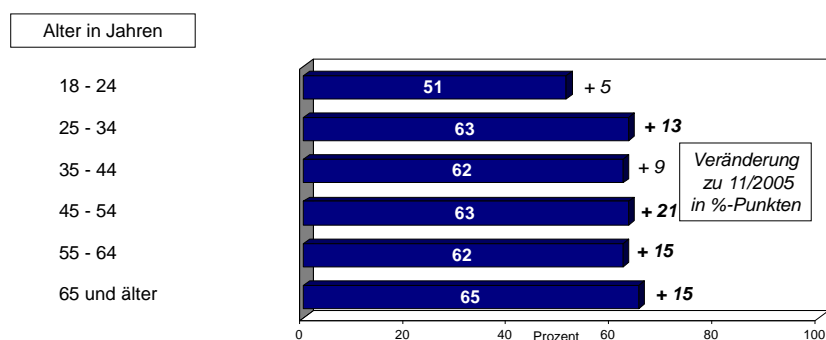
Basis: Alle / Zeitvergleich



Nach Altersgruppen betrachtet wird deutlich, dass politische Talkshows in allen Altersgruppen eine annähernd gleich große Relevanz als Informationsquelle für die politische Bildung besitzen, lediglich bei den 18- bis 24-Jährigen ist die Bedeutung etwas geringer als im Durchschnitt (51%). An Bedeutung gewonnen haben diese Sendeformate gegenüber 2005 in allen Altersgruppen, vorrangig bei den heute über 45-Jährigen.

Wichtigkeit von Informationsquellen

Ausschnitt: „Politische Talkshows sind... (sehr) wichtig“



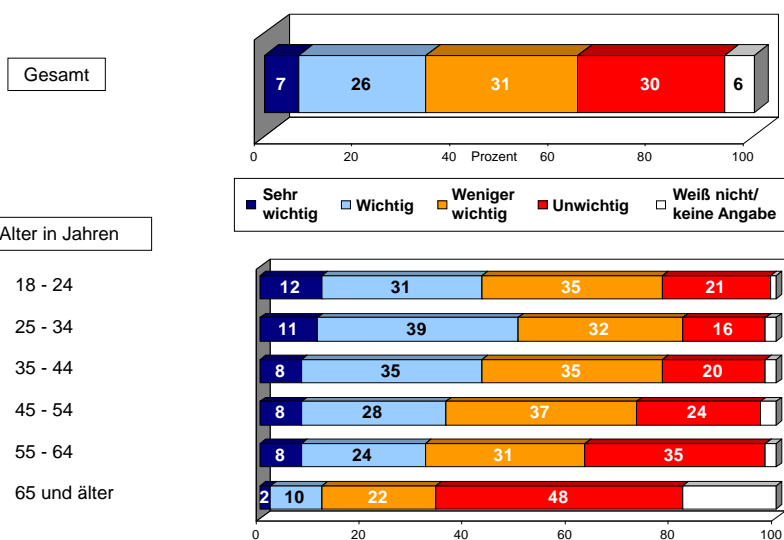
Onlineberichte (57%) werden mehrheitlich für wichtig erachtet, für politische Blogs und soziale Netzwerke (33%) gilt das (noch) nicht.

Die Wichtigkeit von politischen Blogs und sozialen Netzwerken hängt erwartungsgemäß stark vom Alter der befragten Personen ab: Für 43% der 18- bis 24-Jährigen und sogar jeden Zweiten aus der Altersgruppe der 24- bis 34-Jährigen sind diese Informationsmedien relevant, aber nur für eine kleine Minderheit der über 65-Jährigen (12%).

Wichtigkeit von Informationsquellen

Ausschnitt: „Politische Blogs und soziale Netzwerke“

Basis: Alle



7.2

Vertrauen in unterschiedliche Medien

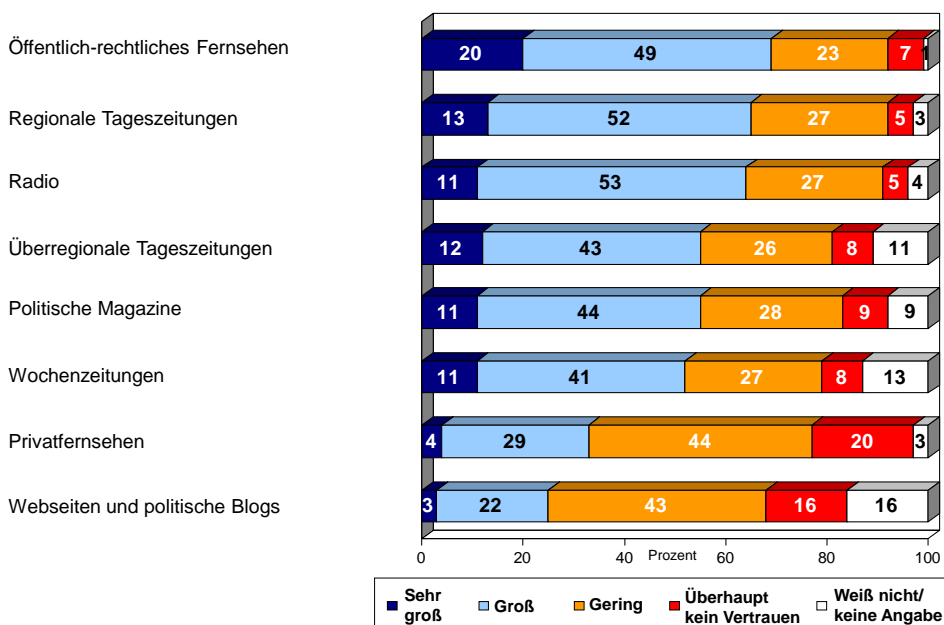
Wenn die Menschen ihr Vertrauen in die wichtigsten Informationsquellen zum Ausdruck bringen, liegen das öffentlich-rechtliche Fernsehen (sehr groß oder groß: 69%), regionale Tageszeitungen (65%) und das Radio (64%) vorne, gefolgt von der überregionalen Tagespresse (55%). Sie halten diese Medien für ihre Meinungsbildung für unverzichtbar und sind damit zufrieden.

Mehrheitlich Vertrauen genießen auch politische Magazine, wie der Spiegel oder der Stern (55%) und Wochenzeitungen wie die Zeit (52%). Im Vergleich dazu ist das Vertrauen, das man dem Privatfernsehen, also z.B. RTL, SAT1 oder Pro7, entgegenbringt, gering (33%). Dies gilt auch für Webseiten und politische Blogs (25%).

Vertrauen in Medien

Basis: Alle

Gesamt

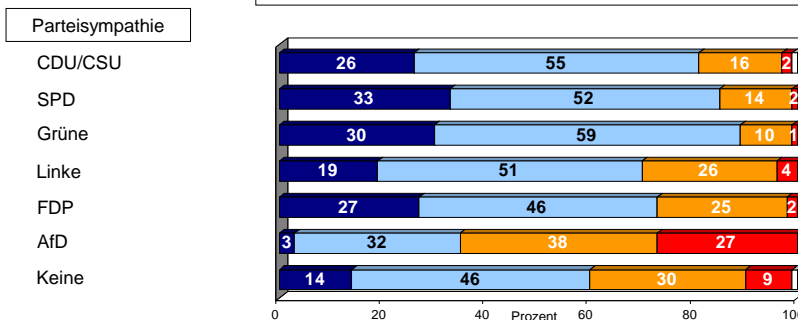
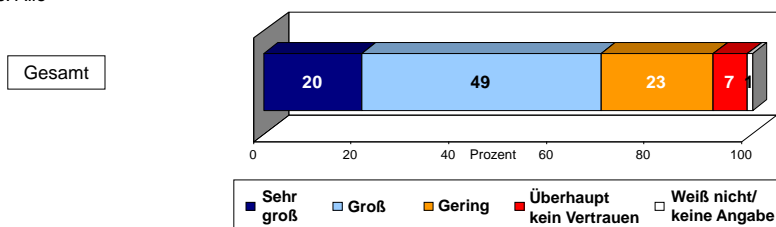


Das öffentlich-rechtliche Fernsehen genießt über nahezu alle Parteigrenzen hinweg das höchste Ansehen. Mit einer Ausnahme: Von den Sympathisanten der AfD vertraut nur eine Minderheit (35%) diesen Medien. 38% haben geringes Vertrauen, weitere 27% überhaupt keines.

Vertrauen in Medien

Ausschnitt: „Öffentlich-rechtliches Fernsehen, wie ARD, ZDF, Dritte Programme“

Basis: Alle

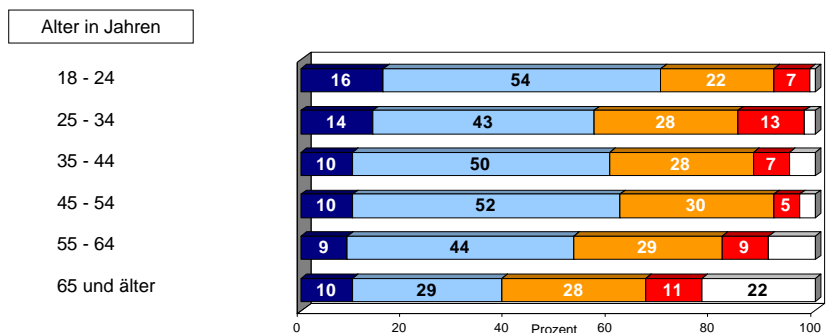
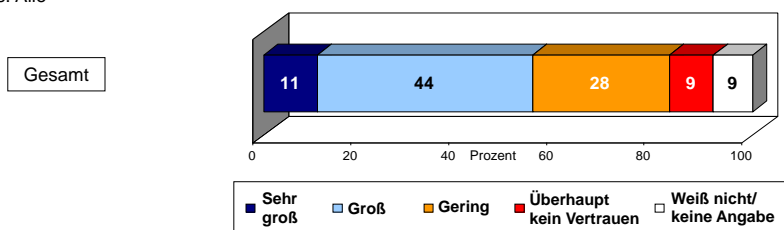


Erstaunlich ist das Altersgefälle bei den wöchentlichen politischen Print-Magazinen: 70% der 18-24-Jährigen äußern sehr großes oder großes Vertrauen in Spiegel, Focus und co., aber nur 53% der 54-65-Jährigen und sogar nur 39% der über 65-Jährigen.

Vertrauen in Medien

Ausschnitt: „Wöchentliche politische Magazine wie Der Spiegel, Der Stern, Focus“

Basis: Alle

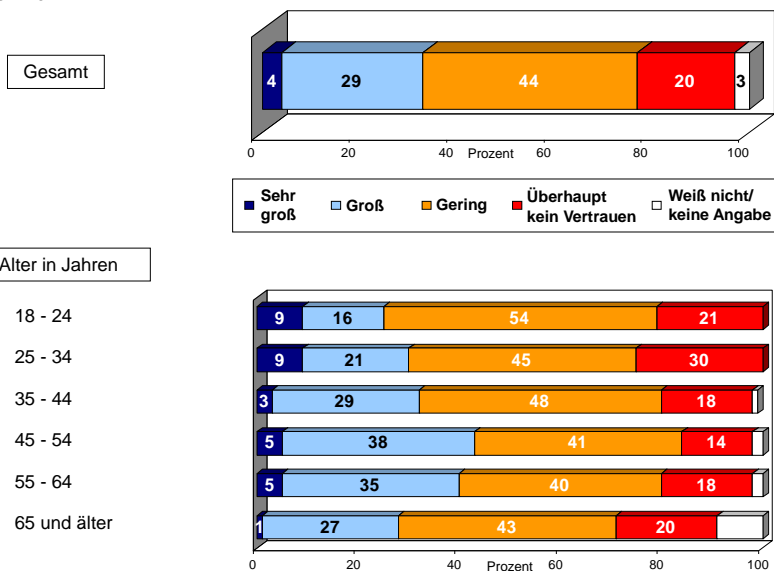


Der Seriosität von privaten Fernsehprogrammen wird mehrheitlich angezweifelt, dies gilt für alle Altersgruppen, wenn auch mit graduellen Unterschieden: Während von den 45- bis 54-Jährigen 43% den Privaten vertrauen, gilt dies nur für 25% der unter 25-Jährigen und 28% der über 65-Jährigen.

Vertrauen in Medien

Ausschnitt: „Privatfernsehen wie RTL, PRO7, SAT1“

Basis: Alle

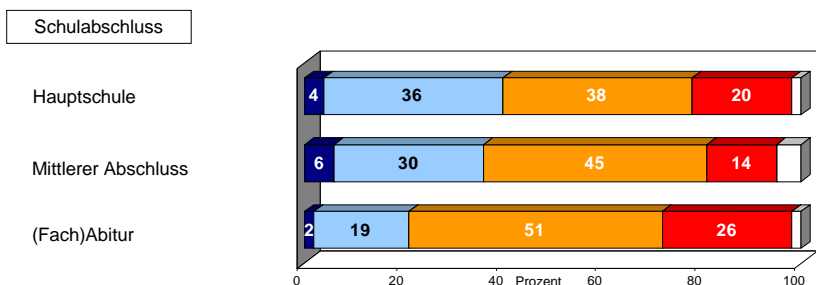
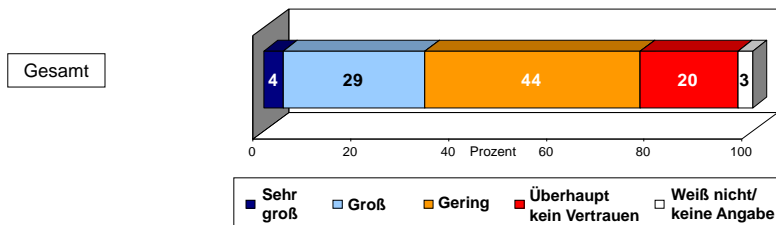


Und: 40% der Hauptschulabsolventen, aber nur 21% der Bürgerinnen und Bürger mit (Fach)Abitur, vertrauen den privaten Fernsehsendern.

Vertrauen in Medien

Ausschnitt: „Privatfernsehen wie RTL, PRO7, SAT1“

Basis: Alle



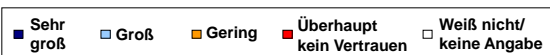
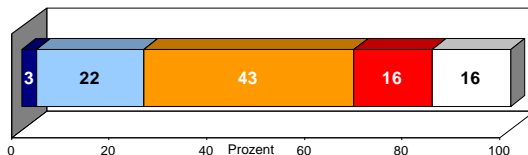
Webseiten und politischen Blogs vertrauen immerhin 38% der 18- bis 24-Jährigen und 36% der 25- bis 34-Jährigen. Mit zunehmendem Alter lässt das Vertrauen nach. Dies liegt aber zum Teil auch daran, dass insbesondere Ältere in der Bevölkerung mangels Erfahrung hierzu keine Einschätzung abgeben können.

Vertrauen in Medien

Ausschnitt: „Webseiten und politische Blogs“

Basis: Alle

Gesamt



Alter in Jahren

18 - 24

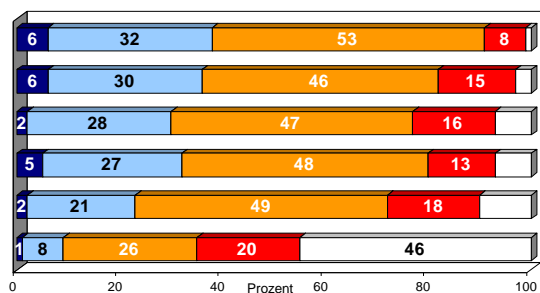
25 - 34

35 - 44

45 - 54

55 - 64

65 und älter

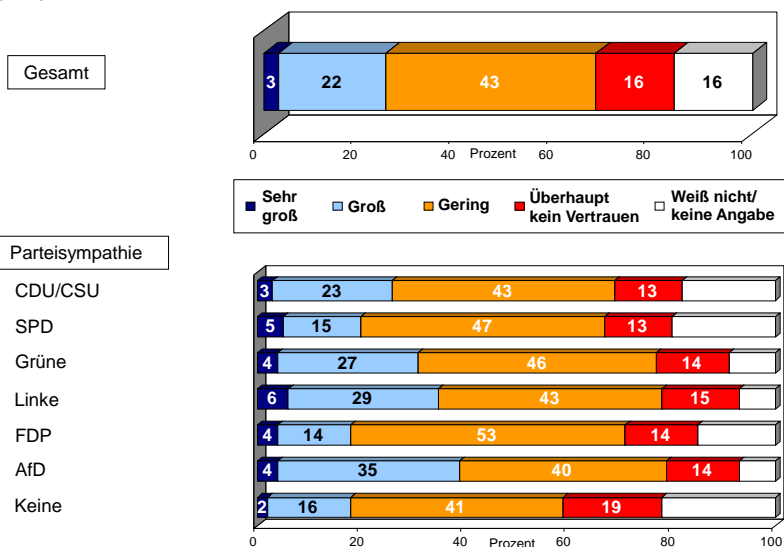


Vergleichsweise groß ist das Vertrauen der AfD-Sympathisanten in die Internetmedien: Während den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern nur 35% vertrauen, sind es bei Webseiten und politischen Blogs immerhin 39%.

Vertrauen in Medien

Ausschnitt: „Webseiten und politische Blogs“

Basis: Alle



7.3

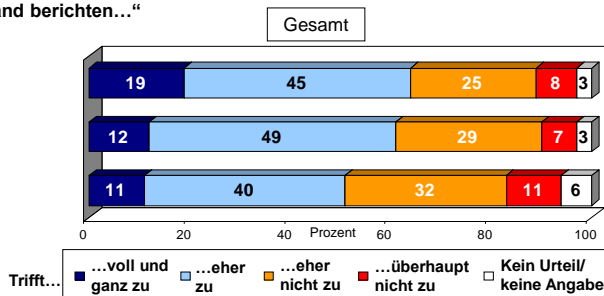
Die Rolle der Medien in der aktuellen Situation

Die Medien in Deutschland berichten überwiegend frei, ausgewogen und wahrheitsgemäß. Dies ist die mehrheitliche Meinung der Menschen in Deutschland. Sie setzen dabei allerdings unterschiedliche Akzente: 64% sind der Auffassung, die Berichterstattung sei frei (stimme voll und ganz zu: 19%, stimme teilweise zu: 45%) und 61% halten sie für ausgewogen (12%, 49%). Nur eine knappe Mehrheit (51%) hält die Berichterstattung auch für wahrheitsgemäß.

Vertrauen in Medien

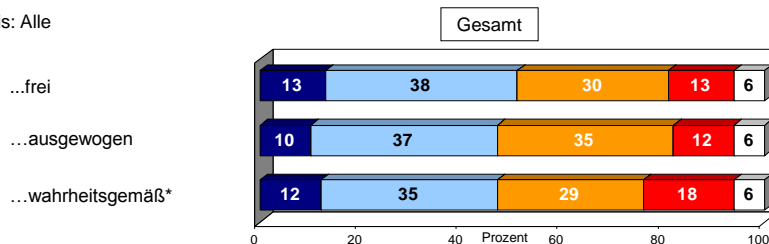
„Wie nehmen Sie **grundsätzlich** die Berichterstattung durch die Medien in Deutschland wahr? Die Medien in Deutschland berichten...“

Basis: Alle



„Zum **Flüchtlingsthema** berichten die Medien in Deutschland...“

Basis: Alle



* Inverse Ergebnisdarstellung

Bezogen auf das Flüchtlingsthema fällt das Urteil verhaltener aus. In diesem Zusammenhang berichten die Medien frei, sagen 51%, 47% halten die Berichterstattung für ausgewogen und ebenfalls 47% für wahrheitsgemäß.

Grundsätzlich wird die Berichterstattung in den alten Bundesländern als freier, ausgewogener und wahrheitsgemäßer als in den neuen Bundesländern wahrgenommen.

„Wie nehmen Sie grundsätzlich die Berichterstattung der Medien in Deutschland wahr?“	Regionen	
	West	Ost
Ausschnittabelle "trifft voll und ganz/eher zu"		

Die Medien in Deutschland berichten...

... frei	67%	54%
...ausgewogen	62%	56%
...nicht wahrheitsgemäß.	40%	55%

Diese unterschiedliche Wahrnehmung im Westen und Osten hat auch bei der aktuellen Berichterstattung zum Flüchtlingsthema Bestand.

„Zum Flüchtlingsthema berichten die Medien...“	Regionen	
	West	Ost
Ausschnittabelle "trifft voll und ganz/eher zu"		

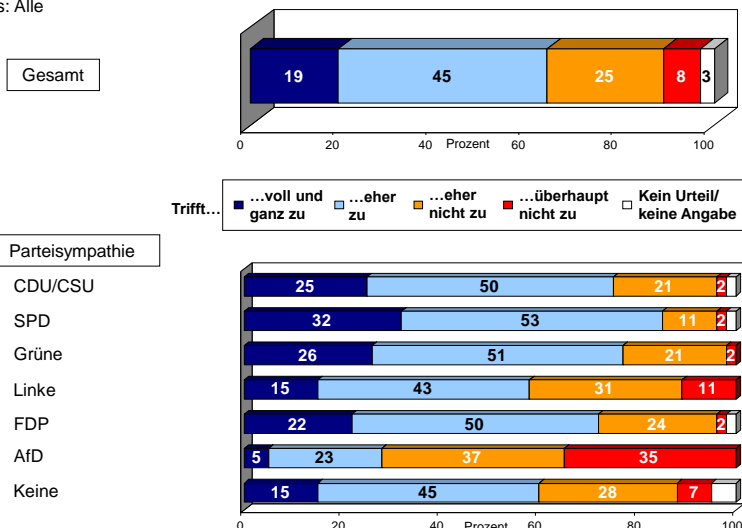
... frei	53%	45%
...ausgewogen	49%	42%
...nicht wahrheitsgemäß.	45%	56%

Der Aussage, die Medien in Deutschland berichten würden frei berichten, schließen sich mit Ausnahme der AfD-Sympathisanten die Anhänger aller anderen Parteien mehrheitlich an.

Vertrauen in Medien

„Wie nehmen Sie grundsätzlich die Berichterstattung durch die Medien in Deutschland wahr?“
 Ausschnitt: „Die Medien in Deutschland berichten frei“

Basis: Alle



Für AfD-Sympathisanten steht fest: Zum Flüchtlingsthema berichten die Medien in Deutschland **nicht** wahrheitsgemäß (trifft voll und ganz/ eher zu: 78%). Die Sympathisanten der anderen Parteien sind in dieser Frage geteilter Meinungen.

Vertrauen in Medien

„Zum Flüchtlingsthema berichten die Medien in Deutschland...“
 Ausschnitt: „...nicht wahrheitsgemäß“

Basis: Alle

